

Herbert Glaser
Im Sturm eines Jahrhunderts

Vorwort

Die folgenden Aufzeichnungen sind Erinnerungen eines Patrioten, dem Christentum eng verbunden gemäß dem Wahlspruch des christlich-sozialen Wiener Bürgermeister Karl Lueger: "gut christlich, gut österreichisch aller Wege".

Eigene Lebensmaximen stehen oft im Widerspruch zu denen anderer. Die der anderen in Frage zu stellen, findet nicht immer Gefallen. Noch heute beeindruckt mich folgender Vers aus den Wahrsprüchen des Priors in Friedrich Webers Werk "Dreizehnlinden":

"Denn da sich die neuen Tage
aus dem Schutt der alten bauen,
kann ein ungetrübtes Auge
rückwärtsblickend vorwärtsschauen."

In diesem Sinne sind meine Erinnerungen als erlebte Zeitgeschichte zu verstehen.

Politische Jugendjahre

Ich gehöre zu einem jener Jahrgänge, die noch etwas von der Ersten Republik mitbekommen, den Ständestaat weitgehend und die NS-Zeit ganz bewusst erlebt haben. Idealismus war bei vielen Menschen dieser natürlich auch aufs Schlachtfeld beorderten Jahrgänge groß geschrieben.

Mein Vater war Postinspektor, meine Mutter Hausfrau. Ich hatte einen um drei Jahre älteren Bruder.

Meine Eltern hatten bis zur Hitler-Zeit ernste finanzielle Sorgen, uns Kindern ließen sie aber nichts abgehen. Wir litten weder Hunger, noch mussten wir bloßfüßig gehen wie viele unserer Altersgenossen. Wir waren wohl eine typische Salzburger kleinbürgerliche Beamtenfamilie.

Die damaligen Zeiten, Anfang der dreißiger Jahre, waren schlecht. In der Glockengasse bildeten sich lange Schlangen von Arbeitslosen, um die sogenannte "Bundeswurst", eine verbilligte, staatlich subventionierte Wurst zu erstehen. Das Bundesheer sammelte als Winterhilfsaktion auf Pferdewägen alte Kleidungsstücke für die Armen. Die Kinder der Bewohner jener Baracken, auf deren Grund später das Salzburger Landesarbeitsamt stand, bettelten die Soldaten der gegenüber liegenden Lehener Kaserne durch die tiefer gelegenen Fenster um Essen an und wurden immer wieder vom patrouillierenden Posten verjagt. An meiner Volksschule, der Plainstraßenschule, organisierte mein Oberlehrer Julius Ippold eine Essensaktion für die Ärmsten meiner Mitschüler. Sie bekamen meist einmal wöchentlich einen Mittagstischplatz. Obwohl wir selbst nicht viel hatten, durfte ich einmal in der Woche einen armen Mitschüler im Rahmen dieser Solidaritätsaktion nach Hause mitnehmen.

Auch das Hotel Europa stiftete solche Essensplätze. Eines Tages gab es große Aufregung in der Schule. Zwei Jünglinge meiner Klasse hatten je einen Teller Nudelsuppe, für die sie zu wenig Appetit verspürten, in die abgestellten Schuhe des Kochs und den Regenschirm der Köchin geschüttet. Die Schandtat kam bald auf, weil die Köchin nach getaner Arbeit beim Heimgehen ihren Schirm aufspannte. Sie wunderte sich nicht wenig, als es aus dem Regenschirm Nudeln auf sie zu regnen begann. Nach der zornigen Rückkehr der Empörten ins Hotel kam dann noch die andere Untat ans Tageslicht. Das Nachspiel in unserer Klasse bestand aus handfesten Hieben für die Missetäter.

Mein Vater sympathisierte damals mit der Heimwehrbewegung, er durfte sie bei der Nationalratswahl von 1930 - damals kandidierte sie das erste und letzte Mal - auch gewählt haben. Erst später rekonstruierte ich die Beweggründe meines Vaters, der alles andere als ein Faschist war, für die grün-weiße Partei der Heimwehr, als ich mich der Gespräche erinnerte, die ich damals allerorten hörte.

Die parlamentarische Demokratie war bei vielen Bürgern in großen Misskredit geraten. Beim Friseur sprach man mit Verachtung von der andauernd streitenden "Quatschbude". Die Szenen, die sich damals im Parlament abspielten und vielfach in einer ordinären Beschimpfung des politischen "Feindes", nicht Gegners oder Andersdenkenden, ausarteten, waren auch alles andere als eine Werbung für dieses System. Bis 1938 kann ich mich wohl an Auseinandersetzungen erinnern, in denen es darum ging, ob die Heimwehr, die Nazis, die Schwarzen (d. h. die Christlichsozialen) oder die Roten die Besseren seien, nicht aber um solche der politischen Demokratie.

Auch erschien dieses System weiten Kreisen der Bevölkerung als völlig ungeeignet, die immer gefährlicher werdenden wirtschaftlichen Krisenerscheinungen wirksam zu bekämpfen. Vielmehr erwartete man von einem "starken Mann", der mit eiserner Hand regiert, die Lösung der Probleme. Als solcher bot sich auch der Eferdinger Großgrundbesitzer Ernst Rüdiger Fürst Starhemberg an. Er und viele andere Heimwehrführer gehörten der "Frontgeneration" an, der das - wie es damals hieß - "rote Gesindel" 1918 bei ihrer Heimkehr von der Front die Auszeichnungen heruntergerissen hatte. Hatten sie nicht jahrelang in Russland, in Südtirol, in

Italien ihren Kopf hingehalten für den Staat, während die Roten sie schließlich verrieten? Gerade diese Beleidigung hat man den Roten nicht verziehen.

Prominente ehemalige Offiziere der alten Armee, die sich der Heimwehrbewegung anschlossen, bildeten zusätzlich die Aushängeschilder jener Bewegung, die mit Stahlhelmen, hahnenstoßbestückten Feldmützen oder Hüten die Kameradschaft der alten Armee fortsetzen wollte.

Hervorragende Vertreter solcher Heimwehroffiziere waren der militärische Chef des Kärntner Abwehrkampfes, Feldmarschallleutnant Ludwig Hülgerth, in der Steiermark Generalmajor Otto Elison, in Wien Major Emil Fey, in Salzburg Generalmajor Eduard Albori, Oberst Schad und Generalmajor Josef Ontl, um nur einige zu nennen. Im Laufe ihres Bestehens (bis 1936) gab es in dieser ursprünglich als Selbstschutzorganisation und Abwehrbewegung gegen den revolutionären Sozialismus gedachten Heimwehr verschiedene Richtungen, etwa christliche und liberal-nationale, demokratische und antidemokratische.

In der Heimwehrbewegung fanden viele noch Werte wie Vaterland, Heimatliebe, Treue und Frontkameradschaft.

Und schneidig waren sie auch. Da brauchte man sich nur den Deutschmeistermajor Theresienritter Emil Fey anzusehen. Und mit Begeisterung sang man nach der Melodie "Musketier sind lust'ge Brüder":

Österreich, Deutschlands schönste Krone,
hochgemuth und reichgeschmückt,
heiliges Reich, vor Deinem Throne
halten wir das Schwert gezückt.

Die Staatsform der westlichen Demokratie wurde in den zwanziger und dreißiger Jahren von vielen Staatsbürgern in Frage gestellt oder überhaupt abgelehnt. Diese erwarteten von einem autoritären Staat mehr Durchschlagskraft, vor allem wirtschaftliche Besserung und Verwirklichung des Gemeinwohles. Einem demokratischen System mit einem oft tristen politischen und wirtschaftlichen Erscheinungsbild trauten sie dies nicht zu. Unser heutiges Demokratieverständnis - besonders nach den schlimmen Erfahrungen mit diktatorischen Systemen - in die damalige Zeit zu projizieren und damit Schuldzuweisungen zu verbinden, ist daher falsch.

Eine Reihe von uns Jugendlichen trat 1933 der Jugendbewegung des Heimatschutzes "Jung Vaterland" bei. Ich gehörte auch dazu. Mich begeisterte bei dieser Jugendbewegung nicht nur das Soldatische mit Exerzieren und Gewehrgriffen an Holzattrappen; man weckte auch unsere Begeisterung für dieses Österreich mit seiner ruhmreichen Geschichte. Mein Bekenntnis zu Österreich hat damals seine entscheidenden Grundlagen erhalten. Mit Spott und Hohn überschütteten damals die Roten und Braunen die Regierung. Spottlieder wurden verbreitet, etwa:

Is des net der Doktor Seipel, ja des is a Zwiebelhäupel!

Oder: Is des net der Emil Fey, ja des is a faules Ei!

Oder: Is des net der Schuschnigg Kurt, ja des is a Missgeburt!

Ständestaat und Dollfuß-Straße

Im März 1933 endete der herkömmliche Parlamentarismus. Der Nationalrat löste sich nämlich selbst auf, weil alle drei Präsidenten zurücktraten, um bei einer Abstimmung ihre Stimme abgeben zu können, was sie nach der Geschäftsordnung in ihrer Funktion nicht konnten. Der seit 1932 amtierende Bundeskanzler Doktor Engelbert Dollfuß und seine Regierung handelten nun auf Grund eines sogenannten "Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes" aus dem Jahr 1917. Dollfuß war fest überzeugt, dass nur eine geschlossene Front aller Österreicher die anstehenden Probleme meistern könne und vor allem ein wirksames Bollwerk gegen den immer gefährlicher werdenden Nationalsozialismus notwendig wäre. Verfassungsmäßige Bedenken wurden diesem Ziel untergeordnet. Die "Vaterländische Front" wurde als Trägerin des politischen Willens geschaffen. In der Schule mussten wir das rot-weiß-rote dreieckige Schülerabzeichen mit der Aufschrift "Seid einig" tragen. Mit wenigen Worten erklärte Dr. Dollfuß sein Programm:

"Wir wollen den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage, unter starker autoritärer Führung. Autorität heißt geordnete Macht, heißt Führung durch verantwortungsbewusste, selbstlose, opferbereite Männer."

Richtlinie für das neue Gesellschaftsprogramm der Regierung sollte das päpstliche Rundschreiben "Quadragesimo anno" von Papst Pius XI. aus dem Jahre 1931 sein.

Der Doppeladler löste alsbald den einköpfigen der Republik ab, das Bundesheer erhielt wieder die alten Fahnen und Uniformen, in den Bundesländern gehörten landesbezogene Trachtenanzüge zur vaterländischen Festkleidung. All das begeisterte mich damals sehr.

Der elterliche Kontakt mit dem "Feind"

Da die großelterlichen Gartengründe im hochroten Itzling lagen, waren Kontakte mit roten Mitbürgern unvermeidlich. Mein Vater, der regierungsfreundlich war und der Heimwehr nahe stand, kam mit den roten Bekannten recht gut aus und hatte auch zu dem damaligen sozialdemokratischen Landesrat Karl Emminger ein gutes Verhältnis. Das Bundesheer, früher Volkswehr, war nach dem Ersten Weltkrieg eine rote Domäne. Eine Ausrückung

ohne Genehmigung des Soldatenrates - so erzählte mir der Sohn eines späteren Generals -war oftmals nicht möglich. Der christlichsoziale Heeresminister Carl Vaugoin versuchte daher mit Erfolg, regierungsverlässliche Soldaten ins Heer zu bekommen. Bei Vertrauenspersonen holte man über die Verlässlichkeit der Bewerber Informationen ein. So wurde auch meine Mutter, Vertrauensfrau der KFO (Katholische Frauenorganisation), über die Verlässlichkeit eines jungen Mannes befragt, der in unserer Nachbarschaft wohnte und Trommler beim "Republikanischen Schutzbund" war - der Wehrorganisation der Sozialdemokraten. Dennoch stellte ihm meine Mutter ein gutes Verlässlichkeitszeugnis aus, weil er sich unserer Familie gegenüber immer sehr freundlich verhielt. Er wurde auch eingestellt und diente noch im zweiten Bundesheer. Meine Mutter hat bei ihrer Auskunft damals ein wenig gemogelt.

Sie war eine sehr mutige Frau. Auch später, 1940, als ich Gestapohäftling war, scheute sie die Konfrontation mit der Gestapo nicht, um meine Entlassung zu erreichen. Das Großdeutsche Reich werde sich doch nicht vor Kindern fürchten, war ihre Argumentation. In der sogenannten Systemzeit von Dollfuß und Schuschnigg und früher vertrieb sie als Dienerin der "Pfaffen" unerschrocken das Pfarrblatt in den roten Personelhäusern der Tramway. Sie wurde in diesen nicht immer abgewiesen. Vielmehr imponierte es manchen Sozis, dass sie sich in die Höhlen der Löwen wagte.

Streiflichter aus jenen Tagen

Die Illegalen: Wie intensiv die Nazis in der Zeit, als sie noch illegal waren, tätig waren, konnten wir auch in der eigenen Familie erleben. So überraschte mein Vater eines Tages einige seiner Berufskollegen im Postamt bei einer illegalen Zusammenkunft, mich wiederum versuchte 1937 eine Krankenschwester im Salzburger Kinderspital für die illegale Hitler-Jugend zu werben. In beiden Fällen erstattete mein Vater wegen der zu erwartenden Folgen für die Betroffenen keine Anzeige. Dass die Nazis jemals in Österreich an die Macht kommen könnten, glaubte in unserer Familie niemand.

Bombe im Festspielhaus: 1933 und 1934 terrorisierten die illegalen Nazis die österreichische Bevölkerung mit Böllern und Bomben. Auch Salzburg hatte darunter zu leiden. So detonierten auch vor dem erzbischöflichen Palais am Kapitelplatz und vor einem Geschäft in der Dreifaltigkeitsgasse solche Sprengsätze. Als ich mit meiner Mutter am 21. April 1934 eine vaterländische Versammlung im Salzburger Festspielhaus besuchte, bei der Vizekanzler Major Fey sprechen sollte, explodierte eine in einem Ziersträuchertopf untergebrachte Bombe, die einem Feuerwehrmann das Leben kostete.

Die "Österreichische Legion": Die aus Österreich geflüchteten Nazis wurden in Deutschland zu einem militärischen Verband, der "Österreichischen Legion", zusammen gefasst. Sie sollten bei der "Befreiung" der "Ostmark" zum Einsatz kommen.

Die 1000-Mark-Sperre: Die deutschen Touristen waren für die Wirtschaft des Kleinstaates unentbehrlich. Um nun Österreich sturmreif zu schießen, wurde von deutscher Seite im Mai 1933 eine sogenannte "1000-Mark-Sperre" verhängt, d. h. jeder deutsche Tourist, der nach Österreich reisen wollte, musste 1000 Reichsmark bezahlen. So konnte Deutschland die österreichische Wirtschaft zweifellos nachhaltig schädigen.

"Fritz ist angekommen": Das war die sozialistische Parole am 12. Februar 1934, welche den Generalstreik und die Waffenausgabe an den Schutzbund auslösen sollte. Der Salzburger Nationalrat Witternigg wollte sie dem sozialdemokratischen Bürgermeister von Bischofshofen weitergeben. Das Gespräch mit Moßhammer, der die Parole nicht verstand, wurde abgehört. Die wichtigsten sozialdemokratischen Funktionäre wurden daraufhin verhaftet, die Parteilokale besetzt; in Salzburg fiel kein Schuss. Dass es in Wörgl, das zwar politisch zu Tirol, diözesan aber zu Salzburg gehört, zu keiner bewaffneten Auseinandersetzung kam, ist dem damaligen Kooperator und nachmaligen Diözesanjugendseelsorger von Salzburg Franz Wesenauer zu verdanken, der sich erfolgreich für einen Waffenstillstand zwischen dem Schutzbund und der Tiroler Heimwehr einsetzte.

Dollfuß ist tot!

Über den Rundfunk (die RAVAG) hörten wir am 25. Juli 1934 die Nachricht, dass der ehemalige steirische Landeshauptmann Dr. Anton Rintelen nun neuer Bundeskanzler wäre. Später erwies sich diese Nachricht als Falschmeldung. Abends teilte der spätere Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg den Österreichern mit, dass Dr. Dollfuß bei einem nationalsozialistischen Aufstandsversuch im Bundeskanzleramt ermordet wurde. Die Trauer in unserer Familie war sehr groß. Der Putsch in Wien und anderen Bundesländern brach innerhalb von drei Tagen zusammen. Diesmal kam es auch - im Gegensatz zum Februar - im Land Salzburg zu kurzen Kampfhandlungen, so in Liefering, Seekirchen, Bischofshofen und besonders in Lamprechtshausen, wo der Aufstand durch eine Einheit des Bundesheeres unter Führung des Hauptmanns Franz Rosenkranz niedergeschlagen wurde.

Schuschnigg und seine politischen Freunde wollten nach dem 25. Juli 1934 den vorgezeichneten Kurs, die "Dollfußstraße", weiter verfolgen. Der autoritäre Ständestaat - die Regierung bekannte sich nie zum Faschismus - wurde ohne Mitwirkung der bisherigen politischen Parteien verfestigt. Diese waren ja bereits entweder verboten oder lösten sich, wie die Christlichsoziale Volkspartei und der Landbund, selbst auf. Bei Veranstaltungen wurde nun nach der Bundeshymne ein Lied gesungen oder gespielt, das auf den ermordeten Kanzler und sein Werk hinwies:

"Ihr Jungen, schließt die Reihen gut,
ein Toter führt euch an!
Er gab für Österreich sein Blut,
ein wahrer deutscher Mann.
Die Mörderkugel, die ihn traf,
sie riß das Volk aus Zank und Schlaf.
Wir Jungen stehn bereit:
Mit Dollfuß in die neue Zeit!"

Bald aber begann an dieser "Dollfuß-Straße" ein langsamer, jedoch stetiger Erosionsprozess, der schließlich mit dem Untergang Österreichs endete. Der lebende Führer, Dr. Kurt Edler von Schuschnigg, war zwar sehr seriös, hochanständig und korrekt, Ausstrahlung, Anziehungskraft und Volkstümlichkeit waren jedoch im Vergleich zu seinem Vorgänger wesentlich geringer. Schuschnigg suchte mit Deutschland einen tragbaren Ausgleich und im Inland Befriedung. Hierin ist der Vertreter des "zweiten deutschen Staates", der ein besseres Antlitz haben sollte als das NS-Deutschland, mit seinen Bemühungen wohl einer großen Illusion erlegen.

Am 11. April 1936 wurde mit Gesetz die "Allgemeine Bundesdienstpflicht" eingeführt. Danach konnten vorerst Männer vom 18. bis zum 42. Lebensjahr für ein Jahr mit oder ohne Waffe eingezogen werden. Diese neuerliche Wehrpflicht war aber auch der Anfang vom Ende der freiwilligen Wehrverbände, die in den schweren Krisenzeiten wesentlich zum militärischen Rückhalt der Regierung beigetragen hatten.

Am 10. Oktober 1936 wurden alle freiwilligen Wehrverbände (Heimatschutz, Ostmärkische Sturmsharen, Freiheitsbund, Wehrzüge der christlich-deutschen Turner und Burgenländische Landesschützen) aufgelöst. Eine "Frontmiliz" auf freiwilliger Basis unter dem Oberbefehl von Feldmarschallleutnant Hülgerth wurde gegründet. In ihr sollten die bisherigen Wehrverbände aufgehen. Die Wehrverbände waren aber in den vergangenen Jahren die Hauptträger der Begeisterung und des Kampfwillens für ein freies, unabhängiges Österreich; ihre Auflösung bewirkte, dass viel Schwung verloren ging. Dazu kam, dass die "Schutzmacht" Österreichs, Italien, das noch 1934 Truppen auf dem Brenner aufmarschieren ließ, um einer deutschen Invasion entgegenzutreten, immer mehr an die Seite Deutschlands rückte, weil es von diesem im Abessinien-Eroberungskrieg unterstützt wurde.

Am 11. Juli 1936 kam es zu einem Abkommen mit Deutschland, das auf dem Papier die österreichische Unabhängigkeit sicherte. Schon kamen die ersten Vertreter des "nationalen Lagers" in die Regierung.

1937 wurde ein sogenanntes "Volkspolitisches Referat" geschaffen, das auch den Nationalsozialisten die Möglichkeit zur Mitarbeit in der "Vaterländischen Front" eröffnen sollte. Die illegale Tätigkeit der Nazis erfuhr durch solche Befriedungsversuche allerdings keinen Abbruch. Das von Hitler mit militärischer Drohung erzwungene Abkommen von Berchtesgaden vom 12. Februar 1938 (Österreich musste eine Deutschland genehme Regierung bilden) war der erste Akt des vorläufigen Unterganges. Der spätere Drei-Tage-Kanzler Artur Seyß-Inquart musste zum Innenminister bestellt werden.

Februar 1938: Bis in den Tod rot-weiß-rot

Am 26. Februar 1938 brachte ich kein lautes Wort mehr heraus - so heiser war ich vom Mitschreien der Parolen, die am vergangenen Abend beim Fackelzug der Vaterländischen Front in der altehrwürdigen Bischofsstadt Salzburg durch die Straßen hallten: "Österreich ist keine Kolonie", "Bis in den Tod rot-weiß-rot", "Heil dem Kanzler Kurt von Schuschnigg" wurde immer wieder im Chor gebrüllt.

30.000 Demonstranten waren, vielfach in Sonderzügen und mit ihren Musikkapellen, aus dem ganzen Land in die Landeshauptstadt zu dieser gewaltigen Demonstration für ein unabhängiges Österreich gekommen, die sich am Mirabellplatz und im Hof des Schlosses formierte und sich von dort in einem nicht enden wollenden Zug zum Residenzplatz bewegte. Der Fackelzug sollte auch eine deutliche Antwort an die Nazis sein, die am 21. Februar einen großen Fackelzug mit etwa 15.000 Teilnehmern veranstaltet hatten.

Die Demonstranten waren eine seltsame politische Mischung. "Echte" vaterländische Schwarze marschierten Schulter an Schulter mit den Sozis und Kommunisten aus Hallein, Bischofshofen und Schwarzach, mit Monarchisten und ehemaligen Heimwehrleuten. Es war also kein "schwarzer Aufmarsch" wie damals am 10. Mai 1934, als Dollfuß bei einer großen vaterländischen Kundgebung in Salzburg sprach, es waren vielmehr all jene gekommen, die Hitler und die Nazis verhindern wollten. Die Emotionen gingen hoch, Nazis waren kaum zu sehen. Der Lehrer Bernhard Aicher, im Ersten Weltkrieg mit der "Großen Goldenen" ausgezeichnet, hielt als Landesführer der Vaterländischen Front zum Abschluss dieser massiven Demonstration eine kurze Ansprache auf dem Residenzplatz.

Dass auf der Rainerstraße vor dem Kieselgebäude, in dem das "Salzburger Volksblatt", damals ein Naziblatt, redigiert und gedruckt wurde, keine Steine lagen, war für dieses Haus sicherlich ein Glück.

Seit Schuschnigg am 12. Februar 1938 mit Hitler am Obersalzberg zusammengetroffen war, war mit einem Schlag die große Auseinandersetzung wieder aufgeflammt. Die Nazis traten offen auf. Auch wir 13- und 14jährigen waren in der Schule, im Realgymnasium auf dem Realschulplatz voll in die Kampfhandlungen verwickelt. Von unseren Professoren und Mitschülern waren sicher mehr als die Hälfte Nazis. Die bedeutenden Reden dieses Monats, die Hitlers vom 20. Februar und die Schuschniggs vom 24. Februar, wurden auch in Schülerkreisen heftig und leidenschaftlich diskutiert.

Argumente hüben und drüben

Warum, so argumentierten die Nazis, die ihr Wissen von den national gesinnten Eltern mitbrachten, sollten sich die Österreicher, die doch die gleiche deutsche Sprache hätten wie die Deutschen, nicht an Deutschland anschließen? Der Zusammenschluss würde auch uns von der Geißel der Arbeitslosigkeit befreien; man sehe doch, wie viel besser es wirtschaftlich in Reichenhall, Freilassing, Berchtesgaden und Laufen aussehe als bei uns in Salzburg, wo sich die Arbeitslosen in der Glockengasse um die verbilligte Bundeswurst anstellen müssten. Im übrigen sollte man nur die Gedenktafel über dem Rathausbogen ansehen, die daran erinnerte, dass sich am 29. Mai 1921 über 93.000 Wähler des Landes Salzburg für den Anschluss entschieden; nur 877 waren dagegen. Die Alliierten des Ersten Weltkrieges, die uns die "Schandverträge" von Versailles und St. Germain bescherten, haben damals den Anschluss Österreichs verhindert; sie waren tatsächlich bei allen politischen Gruppen denkbar unbeliebt.

Sicher ist, dass viele Menschen, besonders aber viele Jugendliche, vom großen Nachbarstaat fasziniert waren. Dort war halt was los, auf allen Gebieten. In den deutschen Zigarettenspackungen gab es Bilder von allen Waffengattungen der deutschen Wehrmacht. Was war doch dagegen in ihren Augen das schlecht gerüstete Bundesheer für ein trauriger Verein! Schon mit den Olympischen Spielen 1936 in Garmisch und Berlin gelang es den Deutschen, einen ungeheuren Werbeeffect zu erreichen, vor allem bei der Jugend. Man hatte damals den Eindruck, dass das NS-System im Reich nicht nur gut funktionierte, sondern auch internationale Anerkennung fand, kurzum: "Draußen" war für viele alles bestens!

Selbst die Konzentrationslager, so argumentierten sie, waren nur für kriminelle und arbeitsscheue Elemente geschaffen worden, und die Juden sollten nach Palästina gehen, dort gehörten sie hin. In Österreich hätten sie als Minderheit einen viel zu großen Einfluss. Man sehe doch nur nach Wien und überzeuge sich, wie groß die Zahl der jüdischen Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler und Zeitungsleute ist.

Wir redeten uns in diesen Diskussionen die Münder wund; die Nazis waren allerdings nicht zu überzeugen. Mit der "Dollfuß-Straße", die inzwischen nur mehr wenig attraktiv geworden war, konnte man nichts mehr anfangen. Es ging uns jetzt um das Überleben eines selbstständigen nichtnazistischen Österreichs.

11. März 1938 - das Ende

Auch die ersten Märztage standen in einer Atmosphäre politischer Erregtheit, bis es dann am 9. März zu jener sensationellen Rede des Bundeskanzlers in Innsbruck kam, in der er für den kommenden Sonntag, den 13. März, eine Volksabstimmung ankündigte.

Für uns war diese Ankündigung eine Erleichterung, denn wir erwarteten eine Entscheidung. Wir zweifelten nämlich keinen Augenblick daran, dass die proösterreichische Kräfte bei diesem Wahlgang eindeutig siegen würden. Die Rechnung war einfach: Die überwältigende Masse der Wähler der beiden größten politischen Lager - schwarz und rot - würden die Nazidiktatur ablehnen und daher für ein selbstständiges Österreich stimmen. Das aber befürchteten auch die anderen; sie mussten daher alles tun, um diese Volksabstimmung zu verhindern.

Sogleich begann die Propaganda für die Volksabstimmung. Es war erstaunlich, wie rasch die Salzburger Plakatwände mit proösterreichischen Aufrufen, meist Schuschnigg-Plakaten, beklebt waren. Noch am Vormittag des 11. März überflog einer der vier Caproni-Bomber des Bundesheeres Salzburg und warf Werbeflyer für die Wahl ab. Die Nazis organisierten für den Abend des 11. März wieder eine Demonstration.

Der spätere Bürgermeister der Stadt Klagenfurt, Leopold Guggenberger, schildert in einem Brief seine damaligen Erlebnisse:

"Ich war damals einige Tage vorher nach Salzburg entsandt worden, um im Rahmen der Mittelschülerorganisation des damaligen Österreichischen Jungvolkes die von der Regierung Schuschnigg angesetzte Volksabstimmung propagandistisch vorzubereiten. Mein Salzburger Kontaktmann war damals Fritz Zacke - nachmalig Regierungsrat beim Landesschulrat für Salzburg - mit dem ich bei einer Oberstleutnantwitwe Probst in der Paracelsusgasse 12 in Untermiete untergebracht war.

Als wir am 11. März vormittags erfuhren, dass für die späten Nachmittagsstunden eine große NS-Demonstration in der Salzburger Innenstadt stattfinden sollte, alarmierte ich etwa 100 Mittelschüler ab dem 15. Lebensjahr, mit welchen wir dann über die Staatsbrücke um etwa 17 Uhr in geschlossener Formation durch die demonstrierenden Massen bis zum Cafe 'Tomaselli' vorstießen. Da die Demonstranten in uns die illegale HJ vermuteten - wir alle trugen weiße Stutzen - machten sie uns beim Anmarsch den Weg frei. Erst auf unsere Sprechchöre 'Rot-weiß-rot bis zum Tod' und 'Österreich' erkannten sie uns als Gegendemonstranten. Diese Aktion war so überraschend, dass wir fast unbehelligt, wie schon erwähnt, bis zum Cafe 'Tomaselli' durchmarschieren konnten. Von dort marschierte ich mit den Jugendlichen auf den freien Residenzplatz, der für die damalige Zeit relativ wenig beleuchtet und völlig frei war. Nachdem wir Aufstellung genommen hatten, waren wir binnen kurzer Zeit von den erzürnten NS-Demonstranten, die uns nachgelaufen waren, umringt und mit lauten Schmährufen und NS-Parolen verbal attackiert. Ich hatte vor der Umzingelung die Parole ausgegeben, sich auf ein Zeichen von mir einzeln durch die Menge durchzuschlagen und hinter und zwischen dem Residenzbrunnen und dem Domplatz wieder zu sammeln. Das geschah auch, und als ich meine Burschen dort vollzählig wieder versammelt hatte, kam ein Bezirksinspektor der Sicherheitswache namens Georg Fürst, der mir als Verantwortlichem den Rat gab, die jungen Leute nicht weiter zu gefährden, da es bereits im Halbdunkeln zu beachtlichen Schlägereien der Nazis untereinander gekommen sei. Ich zog daraufhin mit den rund 100 Jugendlichen, unter denen sich auch der nachmalige Nationalratsabgeordnete Karl Glaser befand, auf den dunklen Domplatz. Dort erklärte ich ihnen, dass es nunmehr offensichtlich mit der Selbständigkeit Österreichs zu Ende gehe und appellierte an sie, bis zum Wiedererstehen Österreichs ihrem Vaterland die Treue zu halten. Dann schickte ich die jungen Leute nach Hause. Ich wurde noch in der darauffolgenden Nacht, um 2 Uhr früh, mit Fritz Zacke von SA-Leuten in der Paracelsusgasse 12 verhaftet und im Polizeigefangenenhaus einen Tag inhaftiert gehalten."

Am Abend des 11. März 1938 hielt Schuschnigg seine dramatische Abschiedsrede, in der er den Österreichern die Kapitulation vor den Deutschen mitteilte.

Wie viele Österreicher waren vor dem Einmarsch für den Anschluss?

Heute ist es völlig unmöglich, auch nur einigermaßen genau zu sagen, wie viele Österreicher 1938 vor dem Einmarsch für den Anschluss waren. Die letzten freien Wahlen waren die Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich und Salzburg vom 24. April 1932. Die Christlichsozialen, die bei den letzten Nationalratswahlen vom 9. November 1930 in diesen Bundesländern noch 695.000 Stimmen erhielten, konnten bei geringerer Wahlbeteiligung immerhin noch 640.000 Stimmen erzielen; die Sozialdemokraten erreichten 984.000 Stimmen gegenüber 1.032.000 bei den Nationalratswahlen; die Nationalsozialisten kamen auf 336.000 Stimmen auf Kosten der kleineren Rechtsparteien Großdeutsche, Landbund und Heimatblock, die es nur mehr auf 53.000 gegenüber 304.000 Stimmen brachten. Christlichsoziale und Sozialdemokraten waren also in diesen Bundesländern noch fünfmal so stark wie die Nazis.

Im Bundesland Salzburg war die Situation ähnlich. Die NSDAP erzielte bei den gleichen Wahlen mit 24.125 Stimmen nur 20,79 Prozent; die Christlichsozialen und Sozialdemokraten waren dreimal so stark wie sie.

1938 waren sich die beiden großen politischen Lager - trotz aller Gegensätzlichkeiten - einig gegen den Anschluss, und zwar wegen der gemeinsamen Ablehnung des nationalsozialistischen Systems in Deutschland.

Selbst bei beachtlichen Stimmenverlusten der beiden großen politischen Lager (etwa 10 Prozent) hätten sie zusammen noch über zwei Drittel des österreichischen Wählerpotentials verfügt. Hitler wusste nur zu genau, dass die von Schuschnigg für den 13. März 1938 angesetzte Volksabstimmung gegen ihn ausgegangen wäre.

Der Umbruch: Als die Deutschen einmarschierten

Was viele schon lange befürchtet, andere herbeigesehnt hatten, wurde am 11. und 12. März 1938 Wirklichkeit: Mit der Abschiedsrede Bundeskanzler Dr. Schuschniggs in den frühen Abendstunden des 11. März und dem folgenden Einmarsch der deutschen Wehrmacht in der Nacht zum 12. März war es mit dem freien und selbstständigen Österreich vorbei, vorbei mit jenem Restösterreich, das die Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg noch erlaubten oder, besser gesagt, erzwangen.

Schließlich soll nicht vergessen werden, dass sich die Deutschösterreicher bereits 1918, nach dem verlorenen Krieg, ans "Reich" anschließen wollten, die Sozialdemokraten mit ihren Führern Karl Renner und Otto Bauer an der Spitze der Anschlussbefürworter. So lautete daher auch der Art. 2 der Verfassung, welche sich die provisorische Nationalversammlung am 12. November 1918 gab: "Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik." Dass die "Reichsdeutschen" in jener Zeit andere Sorgen hatten, als den Anschluss des kleinen Österreich zu forcieren, steht auf einem anderen Blatt. Die Roten, viele Schwarze - von den Deutschnationalen ganz zu schweigen - hatten auch verschiedene Gründe für ihre Anschlusswünsche. Was sollte denn dieses deutschsprachige Kleinösterreich neben dem Reich noch für einen Sinn haben? Was lag näher, als es den Tschechen, Ungarn, Polen und Südslawen gleichzutun, welche (sicher fragliche) Nationalstaaten bildeten. Für Restösterreich hieß dies: Anschluss an Deutschland.

Dann gab es das vielleicht noch stärkere wirtschaftliche Argument für den Anschluss. Dieser Reststaat erschien einer Mehrheit als wirtschaftlich nicht lebensfähig; nur der deutsche Großstaat versprach Hoffnung auf bessere Zeiten. Im Übrigen waren die Österreicher eher an den Großstaat gewöhnt als an kleinstaatliches Denken. Die Sozialdemokraten erwarteten sich damals vom Anschluss ein großes rotes Reich.

Dollfuß steht zu "Rot-weiß-rot"

Einem war es gelungen, wohl auch unter dem Eindruck der Machtergreifung Hitlers in Deutschland, einen neuen Sinn für dieses kleine Österreich zu finden: Engelbert Dollfuß. Dieser zweite deutsche Staat sollte Vorbild für andere werden. Das päpstliche Sozialrundsreiben "Quadragesimo anno" von Papst Pius XI. vom 15. Mai 1931 sollte das geistige Grunddokument für dieses neue Österreich sein. Begeistern konnte er für dieses

Christliche, deutsche und berufsständisch konzipierte Österreich fast nur die Christlichsozialen. Die Sozialdemokraten strichen zwar 1933 die Anschlussforderung aus ihrem Parteiprogramm, verhielten sich aber gegenüber Dollfuß ablehnend.

Die Begeisterung für den Anschluss war bei vielen sehr groß. Sie wirkte sicherlich auch auf manch anderen, der noch vor wenigen Tagen gegen den Anschluss war, ansteckend. Ehemalige Nazigegner begannen sich, zumindest äußerlich, mit dem neuen System abzufinden oder zu arrangieren. Was hätten sie auch tun sollen? Das demokratische Ausland, das sich später so sehr über die Nazis erregte, hat damals die Gegner der Nazis schmählich im Stich gelassen oder sogar mit den Okkupanten kollaboriert. Diese Großmächte, besonders England und Frankreich, haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg für ihren Vertragsbruch - es war auch ein solcher - nicht einmal entschuldigt. Und Prominente von Kirchen und Politik haben diesen politischen Banditenstreich noch sehr begrüßt. Dies, obwohl bereits in den ersten Tagen nach dem Umbruch rund 60.000 vaterlandstreue Österreicher von den neuen Machthabern verhaftet wurden. Widerstand erschien daher vielen vorerst für sinnlos.

Nicht wenige glaubten, das Paradies sei angebrochen; eine neue Zeit war sicher gekommen, und Unzählige schöpften neue Hoffnung. Wenn auch die anfängliche Begeisterung nach kurzer Zeit wieder nachließ, hatte der Nationalsozialismus doch für viele eine verständliche Anziehungskraft. Worin bestand sie? Die Nazis verstanden es vortrefflich, auf die Erwartungen vieler einzugehen und ihnen vieles zu bieten oder für die Zukunft zu versprechen. Größe und Machtfülle wirken anziehend; das große Reich faszinierte viele, besonders die Jugend. Groß war dieses Land, das von den Küsten der Nord- und Ostsee bis zu den Karawanken und vom Saarland bis Pommern und Ostpreußen reichte; und groß war seine Bevölkerungszahl von 75 Millionen. Dazu kam die deutsche Gründlichkeit, von den nicht allzu selbstbewussten Österreichern besonders bestaunt. Der Autobahnbau, der Volksempfänger, der Volkswagen für die Zukunft, der Wohnbau waren erfolgreiche Propaganda für die Nazis. Und schließlich brillierte eine Wehrmacht, der gegenüber sich unser Bundesheer mehr als bescheiden ausnahm. Hunderte dreimotorige Junkers-Flugzeuge flogen schon am 12. März über Österreich und erregten großes Staunen und Bewunderung. Jetzt jedenfalls schien alles groß und vollendet. Nicht nur die Jugend war fasziniert. Auch die Armut - man konnte sie etwa in Salzburg in Baracken sichtbar erleben - sollte beseitigt werden.

Unsere Familie gehörte zu den vielen Illusionisten, die glaubten, dass das "Ausland" dem bedrängten Österreich zu Hilfe eilen würde. Weit gefehlt! Der Völkerbund oder Garantieverträge, wie etwa der sogenannte Briand-Kellogg-Pakt von 1928 (so genannt nach

dem französischen und dem amerikanischen Außenminister), erwiesen sich als völlig wirkungslos. Einige sehr lahme Proteste waren die alleinige Resonanz auf den deutschen Gewaltstreich; nur Mexiko (!) protestierte sehr scharf. Im Übrigen waren es besonders Repräsentanten Englands, die sich sehr positiv zu NS-Deutschland äußerten. In diesem "Wunderland" war der praktizierte Antisemitismus aber schon längst im Gange, und der Versailler Friedensvertrag gehörte der Vergangenheit an.

Sinn oder Unsinn militärischen Widerstandes

Die Frage des militärischen Widerstandes ist nach dem "Umbruch" immer wieder aufgeworfen worden. Auch heute wird sie wieder gestellt. Jede dahin gehende Argumentation, welche Vorteile etwa der militärische Widerstand für die Position des Staates nach 1945 gehabt hätte, ist deshalb sinnlos, weil niemand die späteren Ereignisse vorhersehen konnte. Folgende Fakten galten aber damals als unbestritten und sind es wohl auch heute noch:

1. Das Bundesheer war 1938 den deutschen Eindringlingen gegenüber ausrüstungsmäßig hoffnungslos unterlegen. Das galt nicht nur für die Luftstreitkräfte, deren kleine Bestände (42 Fiat-Jagdflugzeuge und 13 Bomber) im März 1938 auch nur zur Hälfte einsatzbereit waren. In Salzburg gab es nicht eine einzige Fliegerabwehrkanone und auch keinen Panzer.
2. Die Entschlossenheit, gegen die Deutschen, die Waffenbrüder des Ersten Weltkriegs, zu kämpfen, war auch bei denen gering, die die Nazis hassten. Gerade im Offizierskorps gab es noch zahlreiche Teilnehmer des Ersten Weltkriegs.
3. Wenngleich auch die Masse des Bundesheeres als verlässlich angesehen werden musste, waren doch nicht unbeachtliche Teile (289 von 1.300 Offizieren waren Mitglieder des NS-Soldatenringes) in ihrer Verlässlichkeit fraglich.
4. Der bewaffnete Kampf hätte sich nicht auf die deutschen Eindringlinge allein beschränken können; im ganzen Inland hätte eine beachtliche Zahl von Streitkräften zur Niederhaltung der kampfschlossenen Nazis bereitgestellt werden müssen.
5. Auch dürfte nach den vielen Jahren der Anschlussfreudigkeit die Idee des selbstständigen, kleinen Österreich bei vielen noch zu wenig verankert gewesen sein; einen begeisterten Einsatz mit ihrem Leben hätte man von diesen Leuten kaum erwarten können.

Dennoch muss, nach entsprechenden Berichten, festgehalten werden, dass das Bundesheer einen Einsatzbefehl durchaus befolgt hätte; ob er verantwortbar gewesen wäre, ist eine andere Frage. Ich glaube es nicht. Nur unter der Voraussetzung ausländischer militärischer Garantien (die es nur seitens Italiens bis 1936 gab) hätte der militärische Widerstand einen Sinn gehabt.

Die Annahme, dass "das Ausland" Österreich militärisch zu Hilfe geeilt wäre, wenn es seine schlecht bewaffnete Wehrmacht in den Kampf geschickt hätte, ist durch nichts bewiesen.

Als LandesparteiSekretär der Salzburger Volkspartei hatte ich 1949 Gelegenheit, mit dem letzten Generaltruppeninspektor des Bundesheeres, General der Infanterie Sigismund Schilhawsky, zu sprechen. Er vertrat gleiche Standpunkte.

Prominente werben für den Anschluss

Am 18. März 1938 unterzeichneten die österreichischen Bischöfe folgende "feierliche" Erklärung:

"Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anlässlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich:

Wir erkennen freudig an, dass die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie in der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, dass durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde.

Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen. Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständlich nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, dass sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind."

Die Präambel zu dieser Erklärung lautete:

"Nach eingehenden Beratungen haben wir Bischöfe von Österreich angesichts der großen geschichtlichen Stunden, die Österreichs Volk erlebt, und im Bewusstsein, dass in unseren Tagen die tausendjährige Sehnsucht unseres Volkes nach Einigung in einem großen Reich der Deutschen ihre Erfüllung findet, uns entschlossen,

nachfolgenden Aufruf an alle unsere Gläubigen zu richten. Wir können das umso unbesorgter tun, als uns der Beauftragte des Führers für die Volksabstimmung in Österreich, Gauleiter Bürckel, die aufrichtige Linie seiner Politik bekanntgab, die unter dem Motto stehen sollte: 'Gebet Gott, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist.'

Erklärung der evangelischen Kirche vom 3. April 1938 zur Volksabstimmung:

"Für den 10. April ist das deutsche Volk Österreichs aufgerufen, um in einer ehrlichen und freien Abstimmung vor aller Welt zu bekunden, dass die Rückkehr ins Reich und damit die politische Neugestaltung unserer Heimat dem tiefsten Verlangen und Wünschen des Volkes entspricht... Die evangelische Kirche in Österreich hat schon am 12. März und seither wiederholt ihrer ungeheuchelten Freude über die gesellschaftliche Wende Ausdruck gegeben und als Trösterin und Helferin, die unsere Kirche in den letzten Jahren vielen kämpfenden Deutschen in Österreich war - weit über den Kreis unserer Glaubensgenossen hinaus - empfindet sie die ganze große Freude dieser Tage mit und nimmt sie dankbar aus Gottes Händen als sein Geschenk.

Wir stehen zum rettenden Ja des Führers. Das vorbehaltlose Ja der Evangelischen Österreichs als die dem Führer schuldige Antwort des Volkes ist für uns nicht nur selbstverständliche völkische Pflicht, an die wir niemand zu erinnern brauchen. Dieses Ja ist aufrichtiger Dank an den gnädigen Gott für Rettung und Befreiung unserer Heimat."

Die Öffentlichkeit wusste damals natürlich nicht, dass die Bischöfe die "Erklärung" gar nicht selber verfasst hatten und zudem "gelegt" wurden. Der reichsdeutsche Gauleiter Bürckel hatte ihnen einen (noch viel weitergehenden!) Entwurf aufzudrängen versucht und sie dabei in der Hoffnung gewiegt, mit einem Entgegenkommen in vermeintlich unwichtigen Dingen eine ungestörte religiöse Weiterarbeit erkaufen zu können. Die "Erklärung" war aber kein Ja zur NS-Ideologie. Das sollte die katholische Kirche bald zu spüren bekommen: Viele Priester, Ordensangehörige und engagierte Laien kamen in die Konzentrationslager und nicht wenige von ihnen fanden dort den Tod, katholische Fakultäten und Bildungseinrichtungen wurden geschlossen und enteignet. Bald war die NS-Führung überzeugt: "Der eigentliche Feind im Innern ist die Kirche."

Ehrlicher gemeint war der Aufruf der evangelischen Kirche, die eine Stärkung ihrer Position in einem überwiegend katholischen Umfeld anstrebte und offen das Regime unterstützte, während im "Altreich" eine evangelische "Bekennende Kirche" längst in Opposition zum Nationalsozialismus stand - ihr bedeutendster Vertreter war der 1943 im KZ hingerichtete Theologe Dietrich Bonhoeffer.

Vom sozialdemokratischen Staatskanzler der Ersten Republik und späteren Bundespräsidenten Dr. Karl Renner druckte das "Wiener Tagblatt" am 3. April 1938 folgende Erklärung ab:

"... Obschon nicht mit jenen Methoden, zu denen ich mich bekenne, errungen, ist der Anschluss nunmehr doch vollzogen, ist geschichtliche Tatsache, und dies betrachte ich als wahrhafte Genugtuung für die Demütigungen von 1918 und 1919, für St. Germain und Versailles. Ich müsste meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer, Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als deutschösterreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederzusammenschlusses der deutschen Nation nicht freudigen Herzens begrüßte ... Nun ist die zwanzigjährige Irrfahrt des österreichischen Volkes beendet, es kehrt geschlossen zum Ausgangspunkt, zu seiner feierlichen Willenserklärung vom 12. November [1918] zurück. Das traurige Zwischenspiel des halben Jahrhunderts, 1866 - 1918, geht hiermit in unserer tausendjährigen gemeinsamen Geschichte unter."

Der Reporter des "Wiener Tagblattes" fragte Dr. Renner: "Wie werden also Sie und Ihre Gesinnungsgenossen stimmen?"

"Ich habe keinen Auftrag, für die letzteren zu sprechen, kann aber erklären: Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutschösterreich und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St. Germain werde ich mit Ja stimmen."

Interessant ist, dass Renner zu seinem Interview nicht gedrängt wurde. Vielmehr soll er sich zum neuen nationalsozialistischen Bürgermeister Hermann Neubacher begeben und erklärt haben:

"Ja, ich möchte Sie bitten, dass Sie mir die Möglichkeit verschaffen, entweder in der Zeitung oder in Aufrufen, die man auf Plakaten drucken könnte, die alten Sozialdemokraten Wiens in meinem Namen aufzurufen, am 10. April für Großdeutschland und Adolf Hitler zu stimmen." (Siehe M. Liebmann "Vom März zum Oktober 1938", Hrsg.: Arge d. österr. Pastoral- und Seelsorgeämter, 1988.)

Alt-Bundespräsident Michael Hainisch:

"Ich bin sehr glücklich darüber, dass ich das, was ich seit 67 Jahren ersehnte und wofür ich, insbesondere auch als Bundespräsident, arbeitete, die Einigung des deutschen Volkes, knapp vor meinem achtzigsten Geburtstag erlebte! Im großen Deutschen Reich wird auch unsere Österreichische Heimat einer schönen Zukunft entgegensehen!"

Wenngleich es sehr wahrscheinlich ist, dass diese Erklärungen nicht immer ehrlich waren, wurden sie mitunter möglicherweise auch deshalb abgegeben, um das Ärgste von den eigenen Anhängern abzuwenden, so waren sie doch nicht unerhebliche Verstärker für die Nazi-propaganda. Konnte man es den Menschen von damals in ihrer sicher aussichtslosen Situation verübeln, wenn sie mit "Ja" stimmten?

Die NS-Zeit

Die Schrecknisse, die Missetaten und Verbrechen des Hitler-Systems waren fürchterlich. Die Ermordung von Millionen Juden, die Schrecken der Konzentrationslager, die brutale Ausrottung jedweder Opposition, die Tötung "lebensunwerten" Lebens, die Knebelung des Geistes, gepaart mit Intoleranz (symbolisiert durch die Bücherverbrennungen), die Verfolgung christlicher Religionsbekenntnisse sind kennzeichnend für die nationalsozialistische Regierungszeit. Wie war es möglich, dass so viele Menschen der Kulturgemeinschaft, aus der Goethe, Schiller, Mozart und Beethoven hervorgegangen sind, mit diesem System gemeinsame Sache gemacht haben?

Bei Überlegungen zur Beantwortung dieser berechtigten Frage habe ich sicherlich einen Vorteil gegenüber jenen, die bei Behandlung dieser Frage bald in den Verdacht geraten, die eigene Handlungsweise in der damaligen Zeit verteidigen zu müssen. An meiner antinationalsozialistischen Vergangenheit gibt es nichts anzuzweifeln; schließlich war ich monatelang als Jugendlicher 1940, 1941 und 1942 als "Politischer" (!) inhaftiert (dazu an anderer Stelle). Wenn es um Auseinandersetzungen geht, trachte ich, mich aber immer in die Position des Andersdenkenden zu versetzen. Das bringt viel mehr als eigene Rechthaberei. Diese Grundposition ist auch hier die Ausgangslage.

In den Abendstunden des 11. März 1938 begann auch für die Österreicher die NS-Zeit. Ich besuchte damals die dritte Klasse des Realgymnasiums und war noch nicht ganz 14 Jahre alt. Ich hörte noch persönlich die Abschiedsrede des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg mit der entscheidenden Erklärung "Wir weichen der Gewalt! ... Gott schütze Österreich!". In unserer hochpolitischen antinazistischen Familie schien eine Welt zusammenzubrechen.

In meiner Klasse war es weitaus die Mehrheit, welche den "Umbruch" begrüßte. Freilich gehörten meine Mitschüler zum überwiegenden Teil der bürgerlichen Schicht an - und diese war ja für nationalsozialistisches Gedankengut besonders anfällig. Und außerdem waren wir ja in Salzburg, im nationalen Salzburg. Im selben Salzburg, das sich schon 1921 in einer von den politischen Parteien privat organisierten Volksabstimmung mit über 99 Prozent für den Anschluss ausgesprochen hatte. Eine Erinnerungstafel hing bis zum zweiten "Umbruch" - 1945 - über dem Rathausbogen. Die Salzburger Nationalen und dazu auch Liberalen fühlten sich zu Deutschland mehr hingezogen als zu Österreich, dem man sich 1816 ja auch nicht gerade freiwillig angeschlossen hatte und in dessen Verband (als Anhängsel Oberösterreichs) auch bestimmt nicht das goldene Zeitalter für die Salzachstadt angebrochen war. Und der Liberalismus war meist in jenen Gebieten weit verbreitet, die einstmals vom Krummstab regiert wurden. Das traf auch auf das einstige geistliche Fürstentum Salzburg zu.

Mit dem Nationalsozialismus ging auch eine gewisse antisemitische Tendenz einher, die

im Bürgertum und besonders in seiner Intelligenzschicht zu merken war. Sie kam aber öffentlich nicht zum Ausdruck. Bis zur Machtergreifung durch die Nazis war in Österreich von antijüdischen Übergriffen oder Belästigungen nichts zu hören.

Im Religionsunterricht der Schule wurde wohl den Stammesgenossen Jesu die biblisch historische Schuld an seinem Kreuzestod zugemessen, diese Schuld auf die jetzt lebenden Juden zu übertragen, fiel niemandem ein. In unserer Familie kaufte man Kleider im jüdischen Geschäft Scheck in der Schallmooser Hauptstraße, und der jüdische Schuster Gerstenfeld reparierte unsere Schuhe zur vollsten Zufriedenheit. Das Kaufhaus Schwarz am Kranzmarkt - auch bekannt durch seine soziale Haltung gegenüber seinen Angestellten - erfreute sich großer Beliebtheit. In einer Klasse im hiesigen Realgymnasium war auch ein jüdischer Mitschüler. Er wurde von seinen Mitschülern nicht belästigt.

Deutschnationalismus, antiklerikaler Liberalismus und Antisemitismus waren aber nur die geistigen Basiserscheinungen, auf denen der Nationalsozialismus noch und noch an Boden gewinnen konnte. Die weiteren Dünge-mittel des Nationalsozialismus waren die österreichische Arbeitslosigkeit und damit verbunden die Hoffnung vieler auf eine bessere Zukunft unter dem Hakenkreuz.

Nicht nur bei vielen meiner Klassenkameraden war darüber hinaus das, was österreichisch war, nichts oder wenig wert; hingegen war alles großartig, was aus dem Reich kam. Dies galt vor allem für das Militär. Unser

österreichisches Bundesheer hatte sicherlich hinsichtlich seiner Soldaten eine hohe Qualität, nur war es klein und ungenügend ausgerüstet. Übrigens: Für die Landesverteidigung standen in Österreich, zumindest in den letzten 150 Jahren, nie genügend Mittel zur Verfügung. In der Schlacht von Königgrätz 1866 hatten die Preußen die Österreicher vor allem deswegen geschlagen, weil sie besser ausgerüstet waren.

1914 zog wieder eine schlecht ausgerüstete Armee ins Feld und hatte schon deshalb enorme Verluste. 1938, so der damalige Generalstabschef Feldmarschallleutnant Alfred Jansa, gab es Artilleriemunition für ganze drei Tage!

Nach der Eingliederung des österreichischen Heeres in die deutsche Wehrmacht, und besonders während des Zweiten Weltkrieges, waren die Österreicher bei den Deutschen hoch im Kurs.

Nun war er also da, der Nationalsozialismus mit seinem Führer, dem "Bayrischen Hilfszug", der am "Platzl" Eintopf verschenkte, mit der Gestapo und vielen Neuerungen.

Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsaufschwung

Wenngleich schon bald nach dem Anschluss vielfach Ernüchterung Platz griff, konnte man doch an manchen Tatsachen nicht vorbeigehen, welche letztendlich die Naziherrschaft stützen halfen.

So ist es doch sehr rasch gelungen, auch in Salzburg die Arbeitslosigkeit radikal abzubauen. Während es Ende Jänner 1938 noch 13.104 Arbeitslose gab, waren es ein Jahr später nur mehr 2.502. Und diese waren meist nicht vermittelbar oder saisonbedingt ohne Arbeit. Zwei Großprojekte, die Autobahn in Richtung Wien und das Tauernkraftwerk Kaprun, wurden mit Tausenden Arbeitskräften in Angriff genommen.

Die Bergbauern wurden entschuldet. 1939 fand auch ein sozialpolitisches Großereignis statt: Es gab erstmalig auch für Arbeiter eine Alterspension. Die Wirtschaft nahm einen enormen Aufschwung. Allzu vielen war es aufgrund ihrer nunmehrigen Existenzförderung jetzt zweitrangig oder gleichgültig, ob auf dem Residenzplatz Bücher jüdischer Autoren verbrannt wurden oder man im Mozarteum keinen Mendelssohn mehr hören konnte.

Natürlich ging es den Aggressoren zuvorderst um die österreichischen Ressourcen, etwa den steirischen Erzberg und den Goldschatz der Nationalbank. Die von vielen aus nationalen Gründen begrüßten Rüstungsanstrengungen waren wesentlicher Teil des in Gang kommenden Multiplikatoreffekts.

Totale Propaganda

Dazu lief die Propaganda auf Hochtouren. Die Freizeitorganisation "Kraft durch Freude" (KdF) trat mit vielen Veranstaltungen sehr attraktiv und werbewirksam auf den Plan. Als eine größere Gruppe Salzburger Eisenbahner zu einer KdF-Fahrt mit dem Schiff "Wilhelm Gustloff" am Salzburger Hauptbahnhof verabschiedet wurde, hörte ich aus einem dort geführten Gespräch den bezeichnenden Satz: "Endlich tut einmal jemand etwas auch für den kleinen Mann."

Und für alles, was bisher schlecht war, hatte man auch schon die Schuldigen parat - die Juden.

Und so sang die Hitler-Jugend denn auch nach der Melodie eines alten Arbeiterliedes:

"Es pfeift von allen Dächern:
Für heut die Arbeit aus;
es ruhen die Maschinen,
wir gehen müd' nach Haus.
Zuhause ist Not und Elend,
das ist der Arbeit Lohn.
Geduld, verrat'ne Brüder,
schon wanket Judas Thron."

Es darf daran erinnert werden, dass sofort nach dem Anschluss alle Massenmedien völlig gleichgeschaltet wurden und daher eine Massenmanipulation sehr leicht war. Auch das Salzburger Naziblatt, das "Salzburger Volksblatt", kam unter die Räder; seit 1942 gab es nur mehr die "Salzburger Landeszeitung" als Salzburger Einheitsblatt. Es gab auch nur den "großdeutschen Rundfunk". Mittels des kleinen Volksempfängers sollten viele Menschen von der NS-Propaganda erreicht werden. Das Abhören ausländischer Stationen war bei strengsten Strafen verboten.

Die Furcht vor dem Bolschewismus

Schon seit den Zeiten der Ersten Republik war die Furcht vor dem Bolschewismus in breiten Bevölkerungsschichten vorhanden. Mit Recht, wenn man sich der Schreckensherrschaft eines Bela Kun in Ungarn, der kommunistischen Herrschaft in Bayern oder der Umsturzversuche der "Roten Garden" in Österreich erinnerte. Die Schreckensmeldungen aus Sowjet-Russland, von der Exil-Russin Alja Rachmanowa in ihren Romanen drastisch beschrieben, waren, ebenso wie die angekündigte kommunistische Weltrevolution, Fakten der Angst, die man in der NS-Propaganda trefflich zu verwerten verstand. Wer sonst konnte Schutz bieten gegen diese Gefahr für alles Lebenswerte als ein starkes Deutschland? Weil aber zahlreiche Juden in Sowjet-Russland führend waren, sprach man bald von der jüdisch-bolschewistischen Verschwörung, gegen die man sich wehren müsse.

Das "Führerprinzip" war einer der Grundsätze des NS-Systems. Dieses Führerprinzip kam dem Machtstreben vieler Menschen sehr entgegen. Jetzt war "ihre" Zeit gekommen. Die vielen großen und kleinen Führer der Parteiorganisationen, die Betriebsführer, die Arbeitsdienstführer, die Hausmeister als Blockwarte und all die anderen höheren oder kleineren Führer verschiedenster Art: Sie waren jetzt plötzlich "wer". Ihr Selbstwertgefühl stieg enorm; sie mussten nach oben zwar stramm stehen, nach unten konnten sie herrschen. Begeisterte Idealisten in solchen Positionen hat es zweifellos auch gegeben.

Man soll sich nicht darüber hinwegtäuschen, dass in jenen dreißiger Jahren eine Unzahl von Menschen die Demokratien für unfähig hielten, die anstehenden großen Probleme zu lösen. Man glaubte den mit unversöhnlichem Hass sich bekämpfenden großen und kleinen Parteien nicht, dass sie mit ihren auseinanderstrebenden Programmen die Wirtschaft sanieren und die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen könnten. Das wäre nur dem "starken Mann" möglich. Und der zeigte in Deutschland, "wie es geht". Der Masse war es dabei gleichgültig, ob dies durch Aufrüstung, Autobahnbau oder dadurch geschah, dass Hunderttausende zur Wehrmacht oder zum Reichsarbeitsdienst eingezogen wurden. Entscheidend war, dass die Schlote wieder rauchten.

Den großen Demokratien jedenfalls waren solche Erfolge nicht beschieden. Auch außenpolitisch hatten sie keine Vorbildwirkung. Sie sahen tatenlos zu, wie Hitler 1936 die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes besetzte und 1938 Österreich eroberte. Sie warfen vielmehr im selben Jahr die Tschechoslowakei, einen demokratischen Verbündeten, Hitler in den Rachen. Widerliche Anbiederungsversuche westlicher Politiker an die Nazis war keine Seltenheit. Die zur Tat schreitende Solidarität mit den verfolgten Juden blieb aus. Kurzum: Damals war die Demokratie in den breiten Schichten des Volkes nicht attraktiv denn Schwäche zieht nicht an. Gefragt waren "starke Männer".

Der Jubel und die Volksabstimmung

In der Stadt Salzburg war der Jubel nicht anders als in vielen anderen Orten des "befreiten Österreich". Wenn man zu den Befürwortern des Anschlusses - vor dem 11. März - auch nicht mehr als 30 Prozent der in Frage kommenden Gesamtbevölkerung zählt, so konnten die Nazis damit doch Tausende ihrer Anhänger auf die Straße bringen. Die Euphorie bei ihnen war groß. Dass diese hysterische Begeisterung auf nicht wenige andere anziehend wirkte, muss ebenfalls beachtet werden. Viele Ängstliche, die sich zuvor noch nicht deklarieren getrauten, standen jetzt mit zum deutschen Gruß erhobenem Arm am Straßenrand der Ignaz-Harrer-Straße und begrüßten die einrückenden deutschen Truppen. Nicht wenige der deutschen Offiziere dankten nur sehr reserviert.

"Schnell aufspringen" war für so manchen die Devise - auf den Nazizug. Es begann die Zeit der "Märzveilchen", jener Mitbürger, die allerdings wenig Ansehen genossen. Früh waren sie recht still und vorsichtig oder gar vaterländisch, jetzt gebärdeten sie sich recht penetrant als Nazis.

"Die über Nacht sich umgestellt, die sich zu jedem Staat bekennen, das sind die Praktiker der Welt, man könnte sie auch Lumpen nennen", stand damals auf einem Spruchkalender zu lesen. Dass andere, die sich vor wenigen Tagen noch für die Selbstständigkeit Österreichs und gegen die Nazis einsetzten, jetzt um ihre Person und Existenz fürchteten und sich daher mit den neuen Machthabern zu arrangieren versuchten, ist menschlich verständlich. Von einer echten freiwilligen politischen Willensentscheidung kann in diesen Tagen jedenfalls nicht mehr gesprochen werden. Die Volksabstimmung vom 10. April war eine Farce. Dies schon deshalb, weil es keine tatsächliche politische Alternative gab. Es gab auch keine Wahlwerbung einer Opposition. Oftmals wurden die Wähler in den Wahllokalen aufgefordert, gleich offen in den großen Ja-Kreis das Kreuz zu machen und auf die Wahlzelle zu verzichten; wer wollte sich dem wohl widersetzen, ohne als Reichsfeind zu gelten? Viele waren auch des Kämpfens müde und hofften auf eine friedliche Entwicklung im Rahmen des großdeutschen Reiches. So kam auch im Land Salzburg ein Ergebnis von 99,73 % für den Anschluss zustande.

Die Wahlparole für den 10. April lautete: "Bist Du mit der am 13. März 1938 vollzogenen Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich einverstanden und stimmst Du für die Liste unseres Führers Adolf Hitler?" Jedenfalls gab es in jenen Tagen nicht die geringste Hoffnung auf eine Änderung der politischen Verhältnisse.

Die Lüge als dauernde Begleiterin der Diktatur

Auch in der Demokratie, in der jeder grundsätzlich seine Meinung äußern kann und seine Gesinnung nicht zu tarnen braucht, gibt es Unzählige, die um ihres Vorteils willen vieles sagen, wovon sie nicht überzeugt sind, Parteibücher annehmen oder wechseln, obwohl sie innerlich nicht zu den Gesinnungsfreunden jener zählen, deren Parteibuch sie jetzt besitzen, oder schweigen, wenn Reden am Platz wäre, kurzum, sie lügen durch Reden oder Schweigen.

Im totalitären Staat ist Lügen nicht nur eine Frage des Vorteiles, sondern mitunter eine der Existenz.

Ein Beamter wie mein Vater oder ein Lehrer etwa, der sich nicht zum "neuen Staat" und seiner Staatspartei bekennt, fliegt; dem Studenten wird sein Studium verwehrt; wer aber "ehrlich" seine Meinung sagt, kommt möglicherweise ins KZ und wird dort umgebracht. Wer aber Familie, Existenz, Schule und andere persönliche Werte erhalten will, der muss lügen. Er tarnt sich und muss nach außen hin vortäuschen, systemkonform zu sein. Es geht also weitgehend um sogenannte Notlügen. Zum Üben der Wahrheitsliebe ist ein solches Reichenreich von Lügnern allerdings nicht sehr geeignet. So landeten im NS-System die einen beispielsweise bei der SA, die anderen bei der Hitler-Jugend; freiwillig wären sie diesen Parteiorganisationen nie beigetreten. Andere wieder versteckten sich bei religiösen Übungen, um nicht negativ "aufzufallen".

So ist die Ehrlichkeit von Erklärungen, ob sie nun von einzelnen Personen oder Institutionen kommen, mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Die meisten Menschen, nicht nur in Österreich, schätzen allerdings die Erhaltung von Werten wie Familie, Hochschulstudium, Beruf, persönliches Wohlergehen höher ein als den Mut zur Wahrheit, d. h. zum Bekenntnis einer offenen Gegnerschaft mit allen Konsequenzen.

So bekamen auch in Salzburg die NS-Organisationen von der NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) angefangen, bis zum Reichskolonialbund reichlich Nachschub.

Die "Verlogenen" und "unfreiwillig Freiwilligen" trugen allerdings auch dazu bei, dass er kurz oder lang diesen Organisationen der Schwung abhanden kam, weil sie von versteckten Gegnern oder innerlich Desinteressierten unterwandert wurden.

Nach dem 13. März

"Scheiß in Quart, scheiß in Quint, b'schissen sind wir vorn und hint", war eines der Gedichte jener "Meckerer", die nach den Umbruchtagen bald und zahlreich auftraten. In diesem Fall war der Name des Drei-Tage-Bundeskanzlers Dr. Arthur Seyß-Inquart in ihr Spottgedicht eingebaut.

Wie weit die nationalsozialistische Propaganda und die Ereignisse nach dem Umbruch die Menschen beeinflusst haben, kann heute nicht mehr festgestellt werden. Die perfekte Propaganda und die nachher zutage getretenen Fakten verfehlten sicher nicht eine beachtliche Wirkung; aber auch eine vielfach eingetretene Enttäuschung nach der Anschluss Euphorie war zu merken. So war die Stimmung nach der Rückkehr in den Alltag auch recht verschiedenartig.

Enttäuscht waren viele Anschlussfreunde gar bald über das mitunter sehr präpotent Auftreten der "deutschen Brüder" aus dem "Altreich". Diese sahen die "Ostmärker" nicht selten für dumm und rückständig an; es sei höchste Zeit gewesen, diesen die deutsche Gründlichkeit und Gescheitheit vorzuexerzieren und sie auf Vordermann zu bringen.

Andererseits sahen sich viele "alte Kämpfer" jetzt um ihren Lohn in Gestalt eines fetten oder einflussreichen Postens geprellt; mit großem Missvergnügen mussten sie die Überflutung Österreichs mit Reichsdeutschen (sprich Piefkes) mit ansehen. In der Schule waren uns die neuen Kameraden aus dem Altreich wohl in ihrem Ausdrucksvermögen (wir sagten "Klappe") überlegen, aber durchaus nicht in ihrem Wissensstand. Mit Kriegsbeginn im September 1939 kam es dann auch bald zu Versorgungsengpässen, und ich entsinne mich noch eines kurzen Gedichts, das damals kursierte:

"Obst, Gemüse und auch Zwiefel,
Kleider ohne Holz und Stiefel
konnten wir einst billig kaufen,
ohne uns darum zu raufen.
Nun hat von dieser guten Zeit
ein Gefreiter uns befreit."

(Hitler war bekanntlich im Ersten Weltkrieg Gefreiter der deutschen Wehrmacht gewesen.)

Auch ein "Gebet" eines "angeschlossenen" Österreicher ist mir noch in Erinnerung:

"Lieber Herrgott, mach mich stumm,
damit ich nicht nach Dachau kumm;
lieber Herrgott, mach mich taub,
damit ich all den Schwindel glaub;
lieber Herrgott, mach mich blind,
damit ich alles bestens find.
Bin ich dann stumm, taub und blind zugleich,
dann bin ich reif fürs Dritte Reich."

Es gab in diesen Zeiten des Anschlusses mitunter auch lustige Begebenheiten. In unserem Haus hatte ein Maler sein Atelier. Auf einem großen Eckfenster, das mit einem engmaschigen Fliegengitter versehen war, malte er den Führer in Lebensgröße. Er war sehr stolz auf dieses "Kunstwerk", bis die Gestapo erschien und ihn fragte, ob er denn verrückt geworden sei und nicht wisse, dass er mit diesem Machwerk auf einem Fliegengitter den Führer schwer beleidige. Wenn er nicht augenblicklich dieses "Schandwerk" abmontiere, werde er verhaftet. Natürlich folgte der frustrierte Maler dieser Aufforderung schnell. Spott und Heiterkeit blieben nicht aus.

Ab dem 1. September 1939 gab es Krieg, auch für die Salzburger, mit seinen immer schrecklicheren Folgen - gefallenen Söhnen und Vätern, zerbombten Häusern und Wohnungen. In diesen Zeiten wird wohl so mancher, der die "neue Zeit" und das anbrechende "Paradies" einst begeistert bejubelt hat, sich verlegen die "Schrecknisse" der Republik und der Schuschnigg-Zeit zurückgewünscht haben. Dennoch gab es noch lange keine politische Klarheit. Nach wie vor identifizierten sich viele Österreicher schon wegen der sprachlichen und vielfachen kulturellen Gemeinschaft, aber auch aus Kriegskameradschaft mit den Deutschen. Gerade bei den Sozialdemokraten war der Wille zum Anschluss -natürlich an ein sozialdemokratisches Deutschland - noch immer groß.

Dr. Schärfs spätes Bekenntnis zu Österreich

Im Erinnerungswerk des SPÖ-Vorsitzenden (1945-1957) und Bundespräsidenten (1957-1963) Adolf Schärf "Österreichs Erneuerung" finden wir eine in dieser Hinsicht sehr bezeichnende Stelle aus dem Frühsommer 1943:

"Ich verhehle es auch heute nicht: Seitdem ich die Geistesschätze des deutschen Volkes kennen- und liebgelernt habe, habe ich immer geträumt, meine geistige Heimat wäre nicht Österreich, sondern Weimar. Aber während des Gesprächs kam es mir wie eine Erleuchtung. Gerade die Darstellung der Lage durch Leuschner ließ mich plötzlich erkennen, was sich geändert hatte. Ich unterbrach meinen Besucher unvermittelt und sagte: Der Anschluss ist tot."

Auch der Wunsch, den Krieg zu verlieren, um die Nazis loszuwerden, gab zu problemhaften Überlegungen Anlass. Es dürfte 1942 gewesen sein, als ein Leutnant der deutschen Wehrmacht, später ÖVP-Landtagsabgeordneter, bei uns zu Besuch war. Er entstammte einer weltanschaulich eindeutig katholischen und politisch christlichsozialen Familie; natürlich Gegner der Nazis. Er meinte, unter den gegebenen Umständen müssten "wir" den Krieg gewinnen, sonst würden wir von den Siegern total vernichtet. Oder sollten wir die Nazi-Diktatur mit der Stalins tauschen? Wenn erst der Krieg gewonnen sei, würde die Wehrmacht schon mit den Nazis aufräumen. Ein Dilemma, in das viele kamen, und eine Illusion dazu, wie der 20. Juli 1944 bewies. Der Morgenthau-Plan (benannt nach dem einflussreichen amerikanischen Politiker Henry Morgenthau), der 1944 ein zukünftiges Deutschland als Agrarland ohne Industrie und Bodenschätze vorsah, war ebenso wenig günstig für die Opposition wie die Forderung der Alliierten nach bedingungsloser Kapitulation.

Der Widerstand der katholischen Jugend

Nach dem Anschlussschock begann sich die Opposition sehr bald zu formieren. Hätten sich die Nazis der vielen Racheakte nach dem Umbruch enthalten und hätten sie ihren Gegnern nach ihrem Sieg die Hand zur Versöhnung gereicht, sie hätten sicher viele weitere Anhänger und Mitläufer bekommen. Zahlreiche Verhaftungen von Anhängern des früheren Regimes, Entlassungen und sonstige gegen frühere Nazigegner gerichtete Schikanen haben später wesentlich dazu beigetragen, die Untergrundopposition zu begründen. Die bedeutendste vaterlandstreue und katholische Jugendorganisation in unserer Jesuitenpfarre St. Elisabeth war der "Reichsbund der katholisch-deutschen Jugend Österreichs". Natürlich wurde sie nach dem Anschluss 1938 verboten. Im Herbst desselben Jahres erging vom Jesuitenpater Anton Pinsker an meinen Bruder und mich die Einladung, an einer abendlichen "Bibelrunde" in der Unterkirche von St. Elisabeth teilzunehmen. Wir trafen dort um die 15 junge Leute, alle über 14 Jahre alt, die zum Teil früher schon Mitglieder des Reichsbundes waren. Bald war zu

erkennen, dass es sich bei diesen wöchentlichen Zusammenkünften um eine Ersatzform einer katholischen Jugendorganisation handelte. Zuerst wurde eine Bibelstelle vorgelesen und von Pater Pinsker interpretiert. Der Aktualitätsbezug war immer wieder herauszuhören. Jeder der Teilnehmer - und diese wurden vorher auf ihre Verlässlichkeit "durchleuchtet" - wusste bald, bei welchem "Verein" er da war. Dann wurden Heimspiele durchgeführt. Schließlich gaben wir uns im Kreis die Hände und sangen zum Abschluss "Kein schöner Land in dieser Zeit". Eine kurze religiöse Andacht um etwa 22 Uhr, bei der ebenfalls gesungen wurde, beendete unsere Zusammenkünfte. Um nicht zuviel Aufsehen zu erregen, schickte uns der Pater in Abständen zu dritt oder zu zweit auf den Heimweg. Der Gestapo gelang es für kurze Zeit einen Spitzel in unseren Kreis einzuschleusen; es war der Bruder eines in Salzburg sehr bekannten katholischen Priesters. Er wurde aber bald "enttarnt" und kam dann nicht mehr zu unseren religiösen Abendzusammenkünften. Nach meiner Verhaftung im August 1940 stolzierte er dann im Hauptquartier des Sicherheitsdienstes in der Reichenhallerstraße forsch an mir vorbei.

Wir hatten uns also schon sehr bald nach dem Umbruch unsere Ersatzjugendorganisation geschaffen. Als unser erster illegaler "Chef" der Buchdruckergehilfe Fritz Sorger, 1939 Reichsarbeitsdienst einrücken musste, wurde ich - 15jährig - mit der Laienführung betraut. Eine große geistige Stütze war uns in dieser Zeit die vom Innsbrucker Jesuiten Hans Weiser redigierte Wochenzeitung "Der Pfeil", die wir auch in den Schulen kolportierten.

Schon wesentlich gefährlicher war es, die 1941 gehaltenen Predigten des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, die immer wieder vervielfältigt wurden, weiterzugeben. Sie richteten sich vor allem gegen die Klösteraufhebungen, die Euthanasie und den Rassenwahn. Wir haben es natürlich getan.

Eine Reihe unserer Mitschüler trat damals mit großem Mut den antikatholischen Äußerungen nazistischer Professoren entgegen. Es gab in manchen Mittelschulklassen nicht selten heftige Debatten. Manche NS-Professoren mussten dabei erkennen, dass es noch eine "von den Pfaffen verhetzte Jugend" gab. Wir waren also das Gegenstück zur Hitler-Jugend. Im Liedgut zeigte sich unumwunden der Gegensatz:

"Der Papst in Rom
sitzt auf seidenem Thron,
und bei ihm da sitzen die Pfaffen.
Was hat einer deutschen Mutter Sohn
mit Papst und den Pfaffen zu schaffen?"

sang die Hitler-Jugend und im Sprechchor dröhnte es vor dem erzbischöflichen Palais am Kapitelplatz: "Wir glauben an die Bibel nicht, der Papst, der ist ein Arschgesicht." Wir hingegen sangen das alte Reichsbundlied: "Lasst die Banner wehen über unsern Reihen, alle Welt soll sehen, dass wir neu uns weihen ..." und "Christus, mein König, Dir allein schwör' ich die Liebe, stark und rein, bis in den Tod die Treue". Außerhalb unserer Pfarre stieß ich bald auf den Kooperator der Pfarre St. Andrä, Franz Wesenauer, der seinerseits zahlreiche Jugendliche um sich sammelte. Er, "Onkel Franz" genannt, war in meinen Augen - so wie Pater Pinsker - personifizierter katholischer Widerstand. Die katholische Jugend stand eindeutig im Widerspruch zum NS-System; hauptsächlich aus religiösweltanschaulichen Gründen. In Jugendwallfahrten, Maiandachten und anderen kirchlichen Veranstaltungen dokumentierte sie ihre Präsenz. Vor und nach der "Erklärung der österreichischen Bischöfe" war es für uns klar, dass es zwischen dem Katholizismus und dem braunen System unüberbrückbare Gegensätze gab. Das erschwandelte "Heil Hitler" Innitzers hatte für uns keine Werbewirkung.

Widerstandsbewegung "österreichische Heimatfront"

Am Abend des 11. März 1938 stürmten die Nazis das Studentenlokal (sprich Bude) der Katholischen akademischen Verbindung "Norica" in der Schwarzspanierstraße in Wien. Ein Angehöriger des Sturmkorps der Vaterländischen Front, Karl Beran, konnte sich im allgemeinen Durcheinander die Noricafahne um den Leib binden und sie so vor den Nazis retten. Er brachte sie nach Salzburg. Mein Bruder und ich wurden gebeten, sie hier sicher zu verstecken. Das geschah auch, und die altehrwürdige Fahne lag sorgfältig verpackt fast zehn Jahre unter einer ausgemusterten Klomuschel und anderem Gerumpel, bis sie der spätere Finanzminister Dr. Wolfgang Schmitz bei uns abholte. An die guten Zwetschkenknödel, zu denen ihn meine Mutter eingeladen hatte, konnte er sich später noch gut erinnern. Als Dank wurde mir in Gegenwart von Bundeskanzler Ing. Leopold Figl und Ing. Julius Raab bei einem Festakt auf Schloss Ulrichskirchen das Band der "Norica" verliehen.

Der Gymnasialmaturant Ferdinand Steindl, später Hofrat bei der Salzburger Landesregierung und leider schon verstorben, brachte mich im Frühjahr 1940 mit Hans Graber (in Haftbefehl fälschlich Grabner genannt) in Verbindung. Graber wohnte mit seiner Mutter in Parsch. Er hatte bereits mit mehreren Gleichgesinnten die Widerstandsbewegung "Österreichische Heimatfront" in Salzburg gegründet und weihte mich in verschiedene Details dieser Widerstandsgruppe ein. Von ihm bekam auch ich die Kampfschrift "Hör zu", die in schärfster Form den Nationalsozialismus im Allgemeinen und eine Reihe Salzburger Nazis im Besonderen angriff. Graber war damals Gefreiter bei der Nachrichtenabteilung 70 und versah in der Riedenburger Kaserne seinen

militärischen Dienst. Wie später bekannt wurde, stellte er diese Flugblätter mit Wissen oder im Einvernehmen mit einem Oberleutnant Horst in der Riedenburger Kaserne her.

Haft und Verfahren beim Volksgerichtshof

Die "Heimatfront" hatte natürlich nicht jene Bedeutung, wie sie den Widerstandsbewegungen in den besetzten Gebieten zukam. Sie war fast unbewaffnet und hat meines Wissens auch keine Sabotageakte verübt. Sie war vielmehr eine Einrichtung des geistigen Widerstandes, sollte Gegner des Systems sammeln, sie in Bereitschaft für einen spätere Einsatz halten und ihnen durch dieses Flugblatt auch sagen, dass eine organisierte Opposition da war. Diese Ziele wurden auch erreicht; ein entsprechend großer Personenkreis hatte Kenntnis von ihr und las diese Flugschriften. Das war allerdings sehr gefährlich.

Auch waren wir für den "Untergrund" nur sehr unzulänglich geschult. Am 25. August 1940 wurde ich mit anderen von der Gestapo verhaftet. Ich war damals knapp 16 Jahre alt. Die Organisation soll durch Verrat aufgeflogen sein. Wie ich später hörte, soll ein Jugendlicher die Flugschrift seinem Vater gezeigt haben. Dieser bekam es mit der Angst zu tun und erstattete beim Sicherheitsdienst in der Reichenhaller Straße Anzeige. Dadurch verschaffte er sich Straffreiheit. Durch entsprechende Beobachtungen konnte dann eine Reihe von Mitgliedern von der Gestapo ermittelt und verhaftet werden, darunter auch ich. Wir alle wurden beim Volksgerichtshof in Berlin - sein Vorsitzender war der berühmte Altkommunist Roland Freihlsler - angezeigt. Graber und Horst wurden 1944 hingerichtet, die über 18 Jahre alten Mitglieder waren zum Teil jahrelang in Untersuchungshaft, die jüngeren hatten das Glück, ihre Enthaftung weitgehend ihrem Alter zu verdanken. Während die gerichtliche Untersuchung wegen des Verbrechens der "Vorbereitung zum Hochverrat" gegen mich lief, war ich - auch als Jugendlicher - drei Monate in Einzelhaft, die andere Zeit verbrachte ich mit jugendlichen Kriminellen in einer gemeinsamen Zelle des Salzburger Landesgerichtes. Andere Verhaftete, darunter mein Bruder Karl, wurden, da in Salzburg für die getrennte Inhaftierung zu wenig Platz war, ins Gefängnis nach Traunstein gebracht, dessen Leiter den Gefangenen sehr entgegen kam. Es soll auch nicht verschwiegen werden, dass der Salzburger Untersuchungsrichter Dr. Kemptner sich mir gegenüber durchaus freundlich verhielt und mir Hoffnung machte. Im Januar 1941 wurde ein Untersuchungsrichter vom Berliner Volksgerichtshof nach Salzburg gesandt, um uns zu vernehmen. Ich erlebte eine angenehme Überraschung. Dieser Mann, dessen Namen ich leider nicht mehr weiß, war alles andere als ein wütender Nazi. Er versuchte auch gar nicht, neues Belastungsmaterial gegen mich zu finden, sondern zeigte bei der mit ihm geführten Auseinandersetzung, warum ich denn Gegner des Systems sei, für mich durchaus Verständnis. Ich fragte ihn, ob er von mir erwarte, dass ich als Katholik begeisterter Nazi sein könnte, wenn diese im Sprechchor rufen "Wir glauben an die Bibel nicht, der Papst, der ist ein Arschgesicht". Er widersprach mir nicht. Er scheint selbst kein Nazi gewesen zu sein. Wenige Wochen später war ich frei. Meine Mutter hat wie eine Löwin für mich gekämpft. Sie hat sich auch nicht gescheut, zur Gestapo ins Gebäude des Franziskanerklosters zu gehen und diese mit Vorwürfen zu überhäufen, ob denn das Großdeutsche Reich es notwendig habe, Kinder einzusperren. Auch den Volksgerichtshof bombardierte sie mit dauernden Aufforderungen, mich freizulassen. Der Direktor der damaligen "Oberschule für Jungen", Dr. Alfred Kulnigg, schloss mich aus der Schule nicht aus. Mein Klassenvorstand, Dr. Alfons Isnenghi, war nach meiner Enthaftung sehr nett zu mir; die anderen Professoren, aber auch die Nazi-Mitschüler, taten so, als wäre ich längere Zeit krank gewesen. Ich habe ihnen das hoch angerechnet. Dass meine Gesinnungsfreunde innerhalb und außerhalb der Schule, an der Spitze mein damaliger Banknachbar, der heutige evangelische Pfarrer Josef Leuthner, große Freude an meiner "Heimkehr aus dem Knast" hatten, versteht sich.

1942 wurde ich neuerdings von der Gestapo verhaftet, allerdings nur für elf Tage. Die Gestapo warf mir vor, nach wie vor mit Leuten zu verkehren, die als Gegner des Systems bekannt waren. Dazu zählten sie anscheinend auch den heute in Salzburg sehr bekannten Dr. Karl Zinnburg, der ebenfalls mehrere Tage inhaftiert wurde. Ich erkannte allerdings rasch, dass die Gestapo diesmal kein ernst zu nehmendes Belastungsmaterial gegen mich in Händen hatte und ließ mich mit dem vernehmenden Beamten auf ein ideologisches Gespräch ein, bei dem sich bald herausstellte, dass ich von Alfred Rosenberg und Hitlers "Mein Kampf" wesentlich mehr wusste als mein Gegenüber. Er war darüber sehr erstaunt. Im Gefängnis der Salzburger Polizeikaserne lernte ich Johann Göllner, einen Tramwaybediensteten, kennen, der wegen Zugehörigkeit zu den Revolutionären Sozialisten inhaftiert war. Trotz gegenteiliger politischer Herkunft kam es zwischen uns bald zu einem sehr herzlichen Verhältnis. Es war ein konkreter Fall jenes persönlichen Klimas, das zum Aufbau der Zweiten Republik so fruchtbar war.

Militärdienst und Kriegsgefangenschaft

Ende Juli 1943 war es dann so weit: Der Einberufungsbefehl zur Gebirgs-Kraftfahrabteilung 18 in Bregenz war da. Mit der in der Fahrschule Wagner im Juni 1943 bestandenen Fahrprüfung hatte ich es erreicht, zur Kraftfahrtruppe eingezogen zu werden. Mit mir wurden zwei Schulkameraden zur gleichen Einheit einberufen, beide typische Nichtsoldaten. In Bregenz angekommen, wurden wir zur 2. Kompanie eingeteilt, die in der beschlagnahmten Klosterschule in Lochau untergebracht war. Der erste Zug - nach Körpergröße zusammengestellt - war 70 Mann stark und in einem Schlaftsaal untergebracht. Die Verpflegung war gut, der Dienst meist nicht übermäßig anstrengend - wohl deshalb, weil die meisten der Kameraden auf Grund ihres Gesundheitszustandes

GvH geschrieben waren, d.h. "garnisonsverwendungsfähig Heimat". Das war allerdings in weiterer Folge kein Hinderungsgrund, in irgendeinem Kriegsgebiet eingesetzt zu werden. Beide vorerst erwähnten Schulkameraden sind noch in den letzten Kriegswochen im Osten umgekommen. Unsere Abteilung war eine ausgesprochene Ersatzinheit; nach der Grund- und Kraftfahrerausbildung ging es in den Einsatz. Nach einer langen Bahnfahrt landeten wir über Ostpreußen in Riga. Dort befand sich das Regimentskommando des Wirtschafts-Kraftwagen-Transportregiments z.B.V. 630. Es erfolgte die Aufteilung auf die Abteilungen und Kolonnen des Regiments. Ich wurde der 5. Kolonne der 2. Abteilung in Hapsal an der Ostsee zugeteilt. Diese Kolonne setzte sich aus rund zehn deutschen Soldaten zusammen, die restlichen zwanzig waren sogenannte Hiwis (estnische Hilfswillige). Von den Lastkraftwagen waren höchstens fünf einsatzfähig, die restlichen schrottreif. Ähnlich war es bei der Kommandokolonne in Pernau.

Im Herbst 1944 wurde das Baltikum geräumt. Da die Russen zwischen Ostpreußen und zur Ostsee vorstoßen konnten, waren wir zu Lande eingeschlossen und hatten nur mehr den Seeweg offen.

Estland

Während meiner Stationierung in Estland lernte ich das Land und viele liebenswerte Menschen kennen. Die estnische Bevölkerung war sehr russenfeindlich orientiert, haben doch die Sowjets nach der Okkupation des Baltikums - auf Grund des Hitler-Stalin-Paktes viele ihrer Landsleute, besonders die Intelligenzschicht, verschleppt und größtenteils ermordet. Von den Deutschen erwarteten sie nun eine geschützte Selbstständigkeit. Sie warfen sich auch im Herbst 1944 mit ihren schlecht ausgerüsteten Soldaten den vorrückenden Sowjets mutig, aber erfolglos entgegen. Uns betrachteten sie, mit Recht, als Verräter, die sie in ein Abenteuer manövriert hatten. Als wir uns aus Estland zurückzogen, schossen sie uns wutentbrannt nach.

Im Frühsommer 1944 sollte ich als Kraftfahrer zu einem hohen Offizier nach Riga abgestellt werden. Es kam aus mir unbekanntem Gründen nicht dazu. Ich war enttäuscht. Später erfuhr ich, dass dieser Offizier in den Staatsstreich des 20. Juli verwickelt war und verhaftet wurde. Wäre ich damals Fahrer dieses Offiziers geworden, wäre ich sicher in den Strudel dieser Verschwörung hineingezogen worden.

Am 16. Oktober 1944 fielen auf Salzburg die ersten Bomben. Der spätere amerikanische Präsidentschaftskandidat McGovern soll in diesem amerikanischen Bomberverband mitgeflogen sein. Der Bombenangriff kam für die Salzburger völlig überraschend. Mein Vater, meine Großmutter, mein Onkel und meine Tante waren, neben vielen anderen, Opfer dieses von niemandem erwarteten Bombardements. Ich war zu dieser Zeit mit meiner höchst desolaten Kraftfahreinheit im Baltikum auf dem Rückzug. Etwa 14 Tage nachher erfuhr ich von diesem Unglück und bekam "Bombenurlaub". Da die Russen zwischen Ostpreußen und Litauen bereits zur Ostsee vorgestoßen waren, konnte ich nur mehr auf dem Seeweg über den Festungshafen Libau der Einkesselung entkommen. Mit einem von Kriegsschiffen begleiteten Geleitzug ging es in Richtung Danzig. Alle an Bord befindlichen Soldaten bekamen Schwimmwesten, weil die Torpedierung durch sowjetische U-Boote für möglich gehalten wurde. Wir kamen heil in Danzig an. Nach einer dreitägigen, durch Fliegeralarm immer wieder unterbrochenen Bahnfahrt kam ich in Salzburg an. Am 11. und am 17. November kam es abermals zu alliierten Bombenangriffen auf Salzburg. Nach der Entwarnung wurden alle in Salzburg befindlichen Soldaten aufgefordert, sich für Rettungs- und Aufräumarbeiten zur Verfügung zu stellen. An einem dieser Tage wurde mir und einem anderen Landsler aufgetragen, nach vermutlichen Blindgängern Ausschau zu halten und diese dann zu melden. Am Mayburger-Kai fanden wir das Gitter eines Hauskohlschachts durch einen vermuteten Salzachregulierungsstein durchschlagen. Ich steckte meine Nase in diesen Schacht und glaubte unsere Vermutung bestätigt zu finden. Wenige Minuten später explodierte der vermutliche Stein und zerstörte das Haus völlig. Der Stein war eine Zeitzünderbombe.

Im Westen

Als ich wegen des Bombentodes meines Vaters die lange Fahrt nach Salzburg antrat schärfte man mir noch ein, ich müsse mich nach meiner Rückkehr in Schivelbein in Pommern melden. Dorthin sollte meine Einheit in der Zwischenzeit verlegt werden. Als das Ende des Sonderurlaubes näher kam, hatte ich ein Problem: Ich hatte den Ortsnamen Schivelbein vergessen. In der Frontleitstelle erfuhr ich, dass meine Einheit bereits nach Schwelm bei Wuppertal transferiert wurde. Dorthin wurde mir auch der Marschbefehl ausgestellt. Dort war aber die 1. Abteilung unseres Regiments, nicht die 2. Abteilung, stationiert. Letztere war noch im Osten. Man behielt mich dort, zu meinem Glück. Doch bald wurde es auch hier sehr ungemütlich. Tiefflieger - so etwas erlebte ich auch beim Rückzug aus dem Baltikum nicht - beschossen mit ihren Maschinenkanonen alles, was sich auf der Straße bewegte. Ich war wiederholt auserseren, von meinem Sitz auf einen Kotflügel eines Fahrzeuges aus, die Luft zu beobachten und das Auftauchen eines Tieffligers durch heftiges Gestikulieren anzuzeigen. Als der letzte große deutsche Angriff, die Ardennenoffensive, Ende 1944 begann, sollte auch unsere Einheit für Nachschub eingesetzt werden. Daraus wurde nichts; das aufgeklärte Wetter machte es unmöglich, die von den Tieffliegern beherrschten Straßen zu benutzen.

Im Frühjahr 1945 erreichten die alliierten Bombardierungen und Tieffliegerangriffe einen Höhepunkt. Die betroffene Bevölkerung war erbost über diese "Luftpiraterie". Ich war Zeuge einer Auseinandersetzung zwischen unserem Hauptmann und unserem unfreiwilligen Quartiergeber, einem Gastwirt in Obersprockhövel. Der Gastwirt drohte wutentbrannt, dass er jeden mit Fallschirm abgesprungenen Feind mit seiner Mistgabel abstechen würde, sollte er ihm unterkommen. Darauf warnte ihn unser Chef ernstlich: "Herr B., lassen Sie ja Ihre Finger von solchen Soldaten; die Gefangennahme von gegnerischen Soldaten ist ausschließlich Sache der Streitkräfte. Sollten Sie aber zuwider handeln, müsste ich notfalls auch von meiner Pistole Gebrauch machen." Dieser Vorfall wirft ein Licht auf die Antiwehrmachtsausstellung von 1998.

Einen Tag vor unserer Kapitulation, am 16. April 1945, durch die wir weitere unnütze Verluste verhindern wollten, hatte ich noch ein besonderes Erlebnis. Ich hielt mich in unserer Einsatzkanzlei - in einem Schulgebäude - auf, als plötzlich die Türe aufgerissen wurde und ein Hauptmann mit Ritterkreuz mich anschreiend fragte, was wir hier noch verloren hätten, wir wären doch bereits im Niemandsland. Ich antwortete ihm ruhig in militärischer Haltung: "Wir warten hier auf den Feind und werden bis zur letzten Patrone, Widerstand leisten". Er war darüber sehr erfreut und zog ab. Ich bin noch heute sehr froh darüber, dass ich damals mit dieser Täuschung mithelfen konnte, diesen militärischen Wahnsinn zu beenden und Leben zu retten.

In amerikanischer Gefangenschaft

In den letzten Wochen und Tagen vor dem Kriegsende im Jahre 1945 war es keine Seltenheit, dass fanatische Narren wirklich bis zur letzten Patrone kämpfen wollten, andere, die diesen Unsinn nicht mitmachen wollten, kaltblütig umbrachten, oder in einen anderen Endzeitblödsinn verfielen. Dies, obwohl jeder vernünftige Mensch wusste, dass der Krieg für Deutschland nicht mehr zu gewinnen war. Unser Hauptmann - noch Kriegsteilnehmer im Ersten Weltkrieg - gehörte nicht zu jenen gefährlichen Menschen. Da er meine Einstellung kannte, wunderte es mich nicht, dass er mich fragte, ob ich bereit wäre, für unsere Einheit als Parlamentär zu fungieren. Ich sagte zu, obwohl eine solche Tätigkeit sehr gefährlich werden konnte. Die Feldgendarmerie hätte nämlich solche Leute, die den Unsinn des weiteren Kriegführens erkannten und kapitulieren wollten, glattweg als "Verräter" erschossen. Der Hauptmann vereinbarte daher mit mir strengstes Stillschweigen. Darüber hinaus war für den Parlamentär die Gefahr doppelt: von hinten die Kugel eines Fanatikers, von vorne der Schuss eines "Cowboys". Es ging alles gut. Ein Sergeant, dessen Großmutter noch aus Bad Ischl stammte, war der Leader der Einheit, die uns gefangen nahm. "We surrender", war mein Angebot. Wir, rund 20 Landser, legten unsere Gewehre auf einen Haufen und waren froh, dass der Krieg für uns vorbei war.

Nun wurden wir zu einer Sammelstelle gebracht, in der sich bereits Hunderte von Landsern befanden. Vertrauend auf die internationalen Abkommen über die Landkriegsführung trug ich offen meine Armbanduhr, bis mich andere Gefangene fragten, ob ich noch bei Trost wäre ... Kurz vor dem Besteigen des Lasters riss mir ein Ami noch den Tornister herunter, auf dem auch mein Mantel aufgeschnallt war. Nur durch ein gütiges Geschick reichte mir ein Landser meinen Mantel hinauf. Diese Tat könnte - wie sich später herausstellte - lebensrettend gewesen sein; wir mussten nämlich bis Mitte Juni ohne Dach über dem Kopf im Freien sein. Sicher war auch hier, wie öfter in meinem Leben, mein Schutzengel mit im Spiel. Nach einer mörderischen Fahrt - wir fürchteten in den Kurven, dass das Fahrzeug umstürzte - landeten wir auf einer Wiese in Gummersbach. Dort drängten uns die Ami derart zusammen, dass man sich nicht einmal hinsetzen konnte. Erst später wurde es lockerer. Es regnete fürchterlich und wir waren bald durch und durch nass. Wir drückten uns zusammen, um das Ärgste zu überstehen. Am nächsten Tag wurden lange Gräben als provisorische Toiletten ausgehoben. Manchen Amiposten machte es Spaß, hinter jene Landser zu schießen, welche gerade ihre Notdurft verrichteten. Viele Gefangene wurden von einem starken Durchfall heimgesucht. Um diesen und befürchtete Seuchen zu bekämpfen, bekam jeder einen Riegel Kochschokolade. Nach einer Woche wurden wir wieder mit Lastern in ein riesiges Lager in Sinzig am Rhein gebracht. Auch dort gab es kein Dach über unseren Körpern. Man wurde voll durchnässt und hoffte, dass am nächsten Tag wenigstens zeitweise die Sonne scheinen würde. Mit Konservenbüchsen gruben sich viele ein Loch und schafften sich mit Kartons eine höchst problematische "Unterkunft". Einmal im Tag gab es eine dünne Suppe, 20 Landser mussten sich einen Brotziegel teilen. Ein Riesenstreit, wenn einer glaubte, um einen Millimeter zu wenig Brot erhalten zu haben. Stundenlang mussten wir uns um ein Kochgeschirr Wasser anstellen.

Von Sinzig wurden wir dann in Viehwaggons in das Lager Bolbec nahe Le Havre gebracht. Dort hatten wir wenigstens Zelte mit Holzpritschen. Ich und viele andere hatten bereits zwei Monate kein Dach über dem Kopf und waren oft bis auf die Haut durchnässt. Dass ich diese Zeit ohne nennenswerte Erkältung überstanden habe, grenzt an ein Wunder. Vielleicht war es der enorme Überlebenswille, der uns diese harte Zeit durchstehen half. Am gleichen Tag wie wir hatte auch die gesamte Ruhrarmee unter dem Oberbefehl von Feldmarschall Model mit 300.000 Soldaten kapituliert; Model nahm sich das Leben. Dass diese Masse von Kriegsgefangenen nicht sofort gepflegt werden konnte, ist verständlich. Ab Mitte Mai wäre es, bei gutem Willen, wohl möglich gewesen, die Gefangenen ordentlich zu versorgen. Vielen Gefangenen wurden, entgegen den entsprechenden Konventionen, die Uhren weggenommen. Ich erinnere mich noch gut an einen Landser, der lautstark ankündigte, dass er zu jedem amerikanischen Unabhängigkeitstag dem jeweiligen Präsidenten Folgendes telegrafieren werde:

"Herr Präsident! Ich weiß noch immer nicht, wie spät es ist, weil Ihre kulturbringenden Truppen mir meine Uhr gestohlen haben." Im Lager drehten sich die Gespräche vielfach um das Essen. Alle schwelgten im Geiste davon, was sie, heimgekehrt, alles essen würden. Immer wieder hielten gefangene Köche Kochvorträge in den Zelten und hatten begeisterte und voll aufmerksame Zuhörer. Das Thema Sex, sonst bei Soldaten gängiger Gesprächsstoff, spielte keine Rolle.

Manche hofften, dem Lager, besonders dem Hunger, dadurch entkommen zu können, dass sie sich zur französischen Fremdenlegion anwerben ließen.

Anfang Oktober wurden die Österreicher in das Lager Steney an der deutsch-luxemburgischen Grenze gebracht. Nach einer langen Fahrt im offenen Transportwaggon konnte ich dann am 16. Oktober vom Entlassungslager Laschenskyhof in Salzburg heim marschieren; damit war für mich der Militärdienst zu Ende.

Das "polnische ROSS" frisst Gras

Ein Erlebnis im Gefangenenlager Sinzig am Rhein hat mich besonders berührt. In diesem Riesenlager, das in "Cages" (Käfige) eingeteilt war, war es wie auch in anderen Lagern üblich, lange Diskussionsspaziergänge zu machen. Ich war damals sehr ausgehungert und sah daher auch recht schlecht aus. "Hast Du den gesehen", hörte ich beim Vorbeigehen einen Landser seinen Kameraden fragen, "der macht's nicht mehr lang, er schaut auch als ob er dem Tod von der Schaufel gesprungen ist." Er meinte zweifellos mich. "Täusch Dich nicht," entgegnete der andere, "diese Typen sind zäh wie die polnischen Rösser, und diese Krampen sind nicht zum Umbringen." Er hatte recht; kräftige Burschen, die gewöhnt waren, viel zu essen, hielten diesen dauernden Hunger und die anderen Entbehrungen mitunter weniger aus als manche schwächliche "Bürschchen". Viele holten sich am Stacheldrahtzaun Gras, Brennnessel und andere Pflanzen, um sie dann etwa als "Gemüsesuppe" zu essen; ich, das "polnische ROSS", tat es mitunter auch. Sehr traurig war es für mich anzusehen, dass Kameraden für fünf Zigaretten ihre Uhr oder ihren Ehering tauschten. Ich selbst war während meiner sechsmonatigen Kriegsgefangenschaft nie krank, trotz Nässe, Kälte, Hunger, Durst und Läusen.

Im Herbst 1944 wurde das Baltikum von der Roten Armee arg bedrängt. Der damalige Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, Generaloberst Ferdinand Schörner, sollte den russischen Angriff auf das Baltikum abwehren, was ihm zu dieser Zeit natürlich nicht mehr gelingen konnte. Schörner war ein sehr umstrittener Heerführer. Die einen bewunderten ihn, die anderen hassten ihn abgrundtief wegen seiner Brutalität.

Viele Stories kursierten bei den Soldaten über ihn. Meine einmalige Begegnung mit ihm war sicher auch eine solche. Damals erschien er mir als komischer Vogel. Ich war mit einem Lkw unserer Einheit in Begleitung eines estnischen Hilswilligen auf der Fahrt zum lettischen Ostseehafen Liebau, als uns ein General mit einer Kelle (wie sie heute von Polizei und Gendarmerie verwendet wird) anhielt. Er verlangte von mir den Fahrbefehl, der mir allerdings von meiner Einheit nicht ausgestellt worden war. Ich konnte ihm daher einen solchen nicht vorweisen. Schörner schimpfte fürchterlich ob dieser "Sauerei", was mich allerdings kalt ließ, da ich ja für das Versäumnis meiner vorgesetzten Dienststelle nicht verantwortlich war. In der Stube eines Bauernhauses neben der Straße, in dem er sein Quartier aufgeschlagen hatte, wurde mir nun ein Ersatz-Fahrbefehl ausgestellt, und wir konnten unsere Fahrt fortsetzen. Ich fand es höchst lächerlich, wenn ein Oberbefehlshaber eines riesigen Frontabschnittes nichts anderes zu tun hat, als sich mit einer

Verkehrspolizistenkelle auf die Straße zu stellen, um Fahrzeugpapiere zu überprüfen. Zum Abschluss meiner Erinnerungen an die Soldatenzeit noch eine Bemerkung: In den Jahren 1997 und 1998 sorgte eine aus Deutschland importierte Ausstellung über die "Verbrechen der Wehrmacht" für gehörige Aufregung, besonders unter den Angehörigen der Kriegsgeneration. Das in dieser fragwürdigen Ausstellung verwendete Bildmaterial stammt weitgehend aus sowjetischen Archiven. Schon deshalb sind berechnete Zweifel an der Wahrheit desselben angebracht. Fotos sind vielfach schon deshalb wenig oder gar nicht aussagekräftig, weil an diesen Manipulationen verschiedenster Art möglich sind. Werden etwa Tote fotografiert, geht aus der Fotografie nicht glaubhaft hervor, wer sie getötet hat. Jedenfalls konnten polnische (!) Historiker dieser Ausstellung zahlreiche Fälschungen nachweisen. Zweifellos steht fest, dass von Angehörigen aller kriegführenden Streitkräfte Verbrechen begangen wurden, entweder auf Befehl oder auch infolge eigener Initiative. Die Bombardierung der wehrlosen Zivilbevölkerung (man denke an Dresden) die Versenkung von Flüchtlingsschiffen (etwa der "Wilhelm Gustlof") oder die Ermordung von über 10.000 polnischen Offizieren in Katyn durch die Sowjets sind Beispiele dafür. Und diese Kriegsverbrechen hätten in einer objektiven Antikriegsausstellung ebenso gezeigt werden müssen, nicht nur einseitig behauptete Verbrechen von Wehrmachtsangehörigen.

Die Katholische Jugend

Bis zum Ende des Ständestaates gehörte ich dem "Österreichischen Jungvolk", der Staatsjugend Österreichs, an, die mich bei weitem nicht so begeistern konnte wie "Jung-Vaterland". Übrigens merkte ich, besonders im Jahre 1937 in einem Ferienlager in Strobl am Wolfgangsee, dass dieses "Österreichische Jungvolk" Unterwanderungserscheinungen nationaler und antisemitischer Art aufwies. Beim "Österreichischen Jungvolk" hörte ich in meinem Leben das erste antisemitische Spottlied, das auf unreife Jugendliche seine Wirkung nicht

verfehlte. Auch waren Professoren meiner Schule in dieser Jugendbewegung tätig, die sich später als waschechte illegale Nazis herausstellten.

Viele katholische Jugendliche waren beim "Reichsbund der katholisch-deutschen Jugend Österreichs", andere bei den St.-Georgs-Pfadfindern, bei der Kolping-Jugend, im Christlich-deutschen Turnverein oder in der Marianischen Studentenkongregation. Alle diese Jugendorganisationen wurden von den Nazis sofort aufgelöst und verboten. Die jugendliche katholische Opposition fand sich daher im innerkirchlichen Raum, im Gotteshaus oder in der Sakristei zusammen.

Die große katholische Jugendbewegung in der Ersten Republik war der "Reichsbund der katholisch-deutschen Jugend Österreichs". Hervorragende Repräsentanten des Reichsbundes auf Bundesebene waren Hans Scheffel und Hans Melchart; letzteren halte ich noch heute neben Ferdinand Graf und Ernst Fischer für einen der besten Redner, die es in Österreich je gegeben hat.

Die Amtskirche wollte 1945 keine Reaktivierung des Reichsbundes, die durchaus möglich gewesen wäre; schließlich muss man bedenken, dass eine große Anzahl von ehemaligen Mitgliedern und Führern eine enorme Basis von Freunden und Helfern dargestellt hätte, auf dem die neue katholische Jugendbewegung (vielleicht mit abgeändertem Namen) aufgebaut hätte werden können. Diese Kontinuität wurde von den Bischöfen abgelehnt; die Katholische Jugend sollte etwas ganz Neues werden, die Katholische Jugend vor 1938 zog sich in den "Alt-Reichsbund" zurück.

Dass man die katholische Jugendarbeit anders als vor 1938 gestalten wollte, hatte seine Gründe. Ein wichtiger war sicher der, dass eine große Anzahl von Jugendlichen, auf Grund ihrer Erlebnisse in der Hitler-Jugend, im Reichsarbeitsdienst oder auch in der Wehrmacht von jeder Organisation und jeder Art von Uniform genug hatte. So sollte die neue katholische Jugendarbeit in freier, lockerer Form erfolgen, ohne Ausweis und verpflichtende Zugehörigkeit. Auf die Symbole, die Fahnen und Abzeichen mit Kreuz und Krone, konnte man wohl von Anfang an nicht verzichten. Die "Taubenschlagbewegung", bei der man kommen und gehen konnte, wie es einem beliebt, hat sich letztlich nicht bewährt, Bindungen wurden daher sehr bald wieder als notwendig empfunden.

Ein anderer Grund, den Reichsbund nicht wieder zu aktivieren, mag wohl im Umstand gelegen sein, dass der Reichsbund eine männliche Jugendorganisation war; hier wäre wohl Abhilfe möglich gewesen.

Nach meiner Rückkehr aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft hatte ich noch einen beachtlichen Nachholbedarf an jugendbewegter Romantik. Anfangs bei den Pfadfindern - leider wurde ein Hilfsfeldmeisterkurs, der mich sehr begeisterte, abgebrochen -, kam ich 1946 mit der Katholischen Jugend in Berührung. 1947 folgte ich Franz Zöchbauer als Diözesanführer der K.J. nach. Diese Funktion übte ich hauptamtlich aus, mein Monatsgehalt betrug 150 Schilling. Mich sozialversichern zu lassen, hielt die fürsterzbischöfliche Finanzkammer nicht für notwendig, ich selbst war in solchen Dingen recht unerfahren, dafür umso mehr von der Sache begeistert. Ich verdanke ihr und den Freunden in ihren Reihen viele schöne Stunden - beim Lagerfeuer, auf Berggipfeln und bei vielen Heimabenden. 1948 musste ich dieses Amt wegen meines juristischen Studiums in Innsbruck wieder aufgeben. Meine Kritik an der damaligen Katholischen Jugend bestand einerseits an der für eine Massenbewegung zu starken Betonung des Religiösen, andererseits an der starken Tendenz zum Unpolitischen, die der SPÖ nützte und der ÖVP schadete und in einer parlamentarischen Demokratie unrealistisch war. 1974 erhielten Amtskirche und "unpolitische Katholiken" die Quittung in Form der Fristenlösung präsentiert, von der

Parlamentsmehrheit einer Partei beschlossen. Ob man es will oder nicht: Sittengesetzliche Normen werden letztlich im politischen Raum geschaffen.

Viele Jahre später wurde ich von Funktionären der "neueren" Katholischen Jugend gefragt, wie aufmüppig wir Ende der vierziger Jahre etwa gegen die autoritäre Führung der

Bischöfe waren und welche Probleme wir mit dem Zölibat, dem Ausschluss der Frauen vom Priesteramt und den kirchlichen Regeln bezüglich der Sexualität hatten. Das waren für uns keine Themen; der Bischof war immer die letztentscheidende Autorität in Streitfragen, und die Jugendseelsorger und Pfarrer waren in den Jugendgruppen autoritäre Führungspersönlichkeiten. Sicher schloss diese kirchliche Autorität ein intensives Zusammenwirken mit den Laien, deren Meinung meist sehr geschätzt wurde, nicht aus.

Die Wiedererrichtung einer katholisch-kirchlichen Jugendorganisation erfolgte nach 1945 selbstverständlich (wie dies auch bei den anderen Wiederbegründungen der Fall war) unter der Aufsicht der Besatzungsmächte. Die Amerikaner waren in Salzburg den wiederentstandenen Jugendverbänden gegenüber sehr positiv eingestellt. So gab es hier einen eigenen amerikanischen Jugendoffizier, der dafür sorgte, dass die Jugendorganisationen etwa mit Zelten, Lebensmitteln und anderen notwendigen Gütern versorgt wurden. Mit ihren Fahrzeugen transportierten sie nicht selten die Jugendlichen in ihre Lager. Diese jugendfreundliche amerikanische Hilfe wurde allseits dankbar angenommen.

Die Volkspartei

Am 16. Oktober 1945 war für mich die sechsmonatige amerikanische Kriegsgefangenschaft zu Ende. Mit vom Wasser angeschwollenen Beinen marschierten einige Kameraden und ich vom Entlassungslager Laschenskyhof stadteinwärts; jeder von uns trachtete, so schnell wie möglich zu seiner Familie zu kommen. Damit begann für uns wieder das Zivillistenleben.

Für mich war die Einstellung zur Politik gänzlich anders, als dies bei vielen meiner Kriegskameraden der Fall war. Diese waren nämlich nicht selten politisch völlig frustriert, waren doch viele ihrer politischen Ideale zusammengebrochen. Ich freute mich seit Jahren auf die neue Zeit, in der es wieder ein rot-weiß-rotes Österreich und seine Politik gab.

Die Partei, in der ich mich am ehesten politisch betätigen zu können glaubte, war natürlich die erst wenige Monate zuvor gegründete ÖVP. Ihr schloss ich mich - im Rahmen unserer Ortsgruppe Lehen - in den folgenden Tagen an.

Ich war unserer Ortsgruppe auch nicht ungelegen gekommen, schließlich war ja am Kathreinstag, am 25. November, die erste Nationalratswahl. Da gab es daher genug zu tun. Allabendlich zogen mein Bruder und ich aus, ausgerüstet mit Plakaten, Kleisterkübel und Pinsel, die ÖVP-Plakate anzubringen. Damals war das wilde Plakatieren selbstverständlich.

Die ÖVP verglich sich damals mit der englischen Labour Party, die eben gesiegt hatte. Und die Salzburger Volkspartei forderte massiv die Eingliederung des bayerischen Rupertiwinkels an Salzburg und Österreich. "Mit Sensen und Dreschflegeln" wollten laut Ministerpräsident Högnner die Bayern diese "Leichenfledderei" verhindern. Der Initiator dieser Einverleibungsforderung war Josef Rehr, ein Bruder des langjährigen Landeshauptmanns Dr. Franz Rehr. Auch mir war der Gedanke einer Eingliederung des Rupertiwinkels damals recht sympathisch. Später dachte ich darüber anders.

Die ersten Nationalratswahlen in der Zweiten Republik brachten der Volkspartei einen erwarteten Wahlsieg. Von 165 zu vergebenden Mandaten errang sie 85 und damit die absolute Mehrheit im Parlament. Die SPÖ kam auf 76, die Kommunisten, die sich wesentlich mehr erhofft hatten, nur auf vier Mandate. Der Erfolg der Volkspartei war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass sie sich für eine baldige gesellschaftliche Wiedereingliederung der Minderbelasteten ehemaligen Nationalsozialisten einsetzte und damit viele Stimmen ihrer Angehörigen gewann. "Strich darunter", plakatierte die ÖVP. "Die Nazis im Austausch mit den Kriegsgefangenen nach Sibirien", stand auf den sozialistischen Plakaten. Für die Volkspartei wirkte es sich auch günstig aus, dass sich viele ehemaligen Landbündler (der Landbund war in der Ersten Republik eine nationale Bauernpartei), sehr zum Leidwesen der Sozialisten, dem Bauernbund und damit der Volkspartei anschlossen.

Am 18. November 1945 sprach Ing. Leopold Figl in einer Wahlversammlung im ungeheizten Festspielhaus unter dem tosenden Applaus der Versammlungsteilnehmer die bedeutenden Worte:

"Am Kathreinstag werden wir Schluss machen mit dem Rechenstück 1:1:1."

Das war nämlich der damalige Proporz in der Regierung: ein Sozialist, ein Volksparteivertreter, ein Kommunist. Figl bekam recht. Die Tage, an denen ein Kommunist (Ernst Fischer) Unterrichtsminister und ein solcher (Franz Honner) Innenminister waren, sollten gezählt sein. Die Kommunisten wurden von der Bevölkerung als Satelliten der russischen Besatzer angesehen und daher wenig gewählt. Verständlich, wenn man allein an die vielen Vergewaltigungen in der russischen Zone denkt.

Aktivistenring

Uns Jungen waren viele Spitzenpolitiker unserer Partei viel zu lahm und zu alt und die ganze ÖVP dadurch zu wenig aktiv und kämpferisch. So fanden sich denn nun auch die Progressiven, Aktivitätshungrigen bald zusammen. Der "Aktivistenring" wurde gegründet. Er war sicherlich der Vorläufer der "Jungen Front", die Ende der vierziger Jahre auch in Salzburg einen beachtlichen Aufschwung nahm. Beide Organisationen wollten mehr Einfluss auf die Parteiführung gewinnen und Schwung in die Partei bringen. All denen, die dann in den Bünden mitarbeiteten, ist dies zumindest teilweise gelungen. Am Landesparteitag 1946 - er wurde im Salzburger Mozarteum abgehalten - trat der organisierte Aktivistenring dann massiv in Erscheinung. Etwa sieben Redner des Aktivistenringes griffen die damalige Parteiführung heftig mit dem Ziele an, den Landesparteiohmann Bartholomäus Hasenauer, einen Großbauern aus Maishofen im Pinzgau, durch den Landwirt Martin Gassner aus Werfen-Sulzau zu ersetzen. Ich hielt zweifelsohne die radikalste Rede, von den Freunden viel bejubelt, von den Angegriffenen aber mit Empörung und Entrüstung zurückgewiesen. Alles sicher Ausdruck der immer wieder vorhandenen Generationskonfrontation. Martin Gassner, parteipolitisches Jugendidol Nr. 1, wurde Landesparteiohmann.

Warum hat uns Jungen Gassner so imponiert? Weil er von mehr sprach als vom Holz- und Milchpreis. Er redete vielmehr auch von Platon und Aristoteles und natürlich von der katholischen Sozial- und Gesellschaftslehre. Er

war für uns Junge der gewünschte neue Geist der ÖVP, die Idee, für die es sich einzusetzen lohnte. Gassner kam aus den Reihen des "Reichsbundes", der großen katholischen Jugendorganisation der Ersten Republik.

Leider hat die ÖVP nie den Charakter einer mitreißenden Bewegung bekommen.

Landauf und landab wurde der philosophierende Bauer und begabte Rhetoriker aus Tenneck gerne als Redner eingeladen und bejubelt. Leider blieb es nur bei den Ideen und Reden; als agierender Politiker konnte sich dieser Bauernmandatar, in seinen Standeskreisen beruflich nicht von allen geschätzt, nicht durchsetzen. Er wurde auch sehr bald vom ehemaligen Bürgermeister der Stadt Salzburg, Dipl.-Ing. Richard Hildmann, einem braven Pragmatiker ohne jedes Charisma, abgelöst.

Noch einmal fanden wir Jungen ein Idol, von dem wir hofften, er sei die personifizierte Reform dieser Partei: Josef Klaus. Die Aktivisten in der Volkspartei haben damals alles getan, ihn, den Halleiner Rechtsanwalt, vorerst zum Landeshauptmann von Salzburg - der Verfasser war bei dieser "Schlacht" Hauptbeteiligter - und später zum Bundesparteiohmann und Bundeskanzler zu machen. Die Ära dieses Idols fand am 1. März 1970 ihr Ende. Seit dieser Zeit hat es kein Spitzenpolitiker der ÖVP mehr zum "Idol" gebracht.

Viele Funktionäre der Volkspartei waren damals geprägt vom christlich-konservativen Menschenbild. Diese Prägung haben sie zum beachtlichen Teil im CV, dem Cartellverband der Farben tragenden Studentenverbindungen, oder aus Jugendorganisationen des österreichischen Katholizismus erhalten. Zumindest seit 1932 gehörten alle von den Christlichsozialen oder der Volkspartei kommenden Bundeskanzler bis Josef Klaus dem CV an.

Zurück zu meinem Lebenslauf: 1948 absolvierte ich im Landesgerichtsgebäude in Innsbruck erfolgreich die 2. juristische Staatsprüfung. Kurz nachdem ich den Prüfungsraum verlassen hatte, kam es zu einer unliebsamen Überraschung. Ein Herr trat auf mich zu, legitimierte sich als Beamter der Wirtschaftspolizei und forderte mich auf, ihm zu folgen. Die natürliche Frage nach dem Grund meiner "Festnahme" blieb vorerst unbeantwortet. Die Wirtschaftspolizei hatte ihren Sitz in der Innsbrucker Sillgasse. Dort endete auch mein unfreiwilliger Spaziergang mit dem Kriminalbeamten. Nun wurde ich in ein Zimmer gebeten, wo an einem großen Schreibtisch ein Beamter saß, der mich höflich begrüßte. Ohne

mit mir weiter zu reden, rief er eine Frau ins Zimmer und fragte sie, auf mich deutend: "Ist das der?" Die Frau, die ich noch nie gesehen hatte, musterte mich und sagte dann bestimmt: "Der ist es nicht, der hat ganz anders ausgeschaut." Nun klärte mich der Beamte auf: Ein Betrüger benützte meinen Namen, den er wohl im Universitätsumfeld eruiert hatte, gab sich als Student aus und versuchte mittels gefälschter Lebensmittelkarten, die auf meinen Namen lauteten, bei dieser Gemischtwarenhändlerin rationierte Lebensmittel zu erschwindeln. Die Polizei, die gegen diesen noch unbekanntem Betrüger ermittelte, wandte sich natürlich an das Rektorat der Uni, welches auch bestätigte, dass es einen Studenten dieses Namens an der Uni gab. Zufällig konnte das juristische Dekanat der Polizei auch sagen, wo sich der Student dieses Namens derzeit höchstwahrscheinlich aufhielt. Der mich "verhaftende" Beamte war aber so fair, dass er mich erst nach der Staatsprüfung "arretierte".

Landespartei sekretär der ÖVP

Noch während meiner Studienzeit an der Universität Innsbruck wurde ich im Herbst 1949 zum Landespartei sekretär der Salzburger Volkspartei bestellt. Ich wurde damit auch Chef aller Bezirkssekretariate und ihrer Angestellten. Mit großer christlichsozialer Begeisterung ging ich ans Werk. Aber schon kurz nach meinem Dienstantritt kam ich ins "Schlachtgetümmel" um den neuen Landeshauptmann. Am 9. Oktober 1949 fand im Bundesland Salzburg neben der Nationalratswahl auch die Wahl zum Salzburger Landtag statt. In beiden Wahlgängen erzielte die ÖVP die relative Mehrheit. Der seit zwei Jahren im Amt befindliche Landeshauptmann Josef Rehrl, ein Bruder des früheren Landeshauptmanns Dr. Franz Rehrl, war Spitzenkandidat der Volkspartei bei der Landtagswahl und wieder als Landeshauptmann vorgesehen. Nun kam es aber zu einer Überraschung. Die jungen, reformfreudigen Mitglieder der Landesparteileitung, aber auch andere Landesparteileitungsmitglieder, wollten aus den verschiedenartigsten Gründen Josef Rehrl nicht mehr ihr Vertrauen schenken. Ihr Kandidat war der Halleiner Rechtsanwalt Dr. Josef Klaus. Im heftig geführten innerparteilichen Streit - vornehmlich zwischen der Mehrheit der Landesparteileitung und der Mehrheit der ÖVP-Landtagsfraktion - gingen die Anhänger von Josef Klaus als Sieger hervor, der schließlich auch zum Landeshauptmann von Salzburg gewählt wurde. Josef Klaus, der bald nach seiner Wahl in weiten Bevölkerungskreisen großes Ansehen gewann, war die Hoffnung der Jungen in der Partei.

Ich versuchte immer wieder in vielen Reden, Referaten, bei Schulungskursen und Diskussionen, meine Zuhörer davon zu überzeugen, dass nicht nur Milchpreis, Holzpreis und Löhne für die ÖVP wichtig seien, sondern auch das Grundsätzliche einer christlichen Volkspartei herausgestellt werden müsse. Der Erfolg dieser Bemühungen bei meinen meist "Beschulten Zuhörern hielt sich in Grenzen. So kam es auch, dass viele Parteifunktionäre in ihren Bünden recht gute Interessenvertreter waren, von der großen Idee der alle Stände verbindenden Volkspartei war bei ihnen weniger zu merken.

Es gab in dieser Zeit auch heitere Episoden. Am 6. Mai 1951 wurde der Bundespräsident erstmals durch das Volk gewählt. Für die ÖVP kandidierte der oberösterreichische Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleißner, der im

Rahmen seiner Wahlwerbung auch zahlreiche Orte in Salzburg besuchte. Kurze Zeit vor der Wahl sollte er auch in einigen Lungauer Gemeinden auftreten. So fuhren wir also zu viert, Gleißner, Klaus, der Fahrer und ich, auf der damals noch nicht ausgebauten Tauernstraße in Richtung Lungau. Das ging gut bis kurz vor der Tauernpasshöhe, dann streikte der Motor. Was blieb uns drei Politikern anderes übrig, als auszusteigen und kräftig zu schieben, bis die Passhöhe erreicht war? Diese Wahlkampf­tätigkeit war für alle Beteiligten sehr ungewöhnlich - wir nahmen es mit Humor.

Funktionär und Publizist

Nach meinem Ausscheiden als Landespartei­sekretär - ich wechselte in ein Notariat - war meine Tätigkeit innerhalb der ÖVP keineswegs beendet. Der ehemalige Parlamentsdirektor Hofrat Pultar und andere wohlwollende Freunde rieten mir, mir zuerst einen fundierten bürgerlichen Beruf zu schaffen und erst dann in die Politik zu gehen. Sie hielten mir die Problematik des Berufspolitikers glaubhaft vor Augen. Ich gehörte noch immer als Landesorganisationsreferent der Landespartei­leitung an. Darüber hinaus war ich viele Jahre Mitglied der Landesleitung und des Landespräsidiums des Salzburger Arbeiter- und Angestelltenbundes. Natürlich war ich in den verschiedenen Wahlauseinandersetzungen, Schulungsveranstaltungen und Seminaren als Redner stets dabei. Das machte mir auch Spaß. Hier ist zu erwähnen, dass bis in die siebziger Jahre die politischen Auseinandersetzungen weitgehend in vielen größeren und kleineren Versammlungen in Gasthäusern und nicht im Fernsehen stattfanden. Damals konnten die Politiker noch Kontakt mit den Bürgern finden und das Ohr am Volk haben, die Absicht, "hinaus zu den Menschen zu gehen", war noch keine Phrase. Am 1. März 1970 hat die ÖVP bei der Wahl zum Nationalrat nicht nur die absolute, sondern auch die relative Mehrheit verloren. Für eine Fernsehkonfrontation mit Bruno Kreisky versorgte ich Dr. Klaus mit brisantem antisozialistischem Material. Er verwendete es nicht und ließ sich von seinem geschickten Partner vom Grundsätzlichen ablenken.

Mit Eifer war ich auch publizistisch für die ÖVP und besonders den ÖAAB (Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund) tätig. Unter dem Titel "Von Karl Marx bis Pittermann" beschrieb ich in vielen Fortsetzungen in der "Salzburger Volkszeitung" die Geschichte des österreichischen Sozialismus. Diese Fortsetzungsserie ist später in zwei Auflagen als Taschenbuch im Wedl-Verlag in Melk erschienen und war lange Zeit eine gefragte Schulungsunterlage. Auch an der wöchentlich erscheinenden Seite unter den Titeln "Arbeit, Freiheit, Recht und Wohlstand" oder "Volkswirtschaft für jedermann" sowie einem politischen Zeitungslexikon arbeitete ich führend mit.

Der rheinische CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Josten aus Oberwesel sagte mir einmal, dass es zum guten Ton für christlich-soziale Politiker in der Bundesrepublik gehöre, einmal aus dem Kolpingwerk ausgeschlossen zu werden. Ich kann diese Aussage zwar nicht nachvollziehen, sie gab mir aber aus eigenem Erleben zu denken.

Als Landespartei­sekretär der ÖVP kam ich 1949 mit dem Kolpingwerk Salzburg in nähere Verbindung und schloss mich auch begeistert der Kolping-Idee an: "Religion und Tugend, Arbeitsamkeit und Fleiß, Eintracht und Liebe, Frohsinn und Scherz" waren neben dem Bekenntnis zu Familie und Vaterland tragende Säulen des Kolping-Werks. 1950 gründete ich mit Freunden die Kolping-Blasmusikkapelle, welche schon 1952 als erfolgreicher Klangkörper eine Deutschland-Tournee absolvierte. Bis 1954 gab es keine größeren Probleme in der Kolping-Familie. Ich war inzwischen zum Diözesansenioren des Salzburger Kolping-Werks bestellt worden, bis ein Ereignis die bisherige Eintracht im Kolping-Haus ernstlich trübte. Ein junger Mann, der auch in der Kolping-Musik mitwirkte, wurde Vater eines außerehelichen Kindes. Als der Präses und Leiter des Kolping-Hauses dies erfuhr, verfügte er den unverzüglichen Ausschluss dieses Kolping-Sohnes aus dem Kolping-Haus. Das brachte die Mehrheit der Kolping-Söhne "auf die Palme". Auch ich gehörte zu den Empörten. Ein ungerer Streit, der bis zum Erzbischof und in die Öffentlichkeit kam, war die Folge. Schließlich beschloss der Schutzvorstand, dem auch der damalige Landeshauptmann Dr. Klaus angehörte, den Ausschluss von mir und dem damaligen Senior des Kolping-Hauses. Ich weiß nicht, was sich in der Schutzvorstandssitzung abgespielt hat. Jedenfalls war ich von Dr. Klaus sehr enttäuscht, für den ich mich 1949, als es um ihn als den neuen Landeshauptmann ging, enorm engagiert hatte. Mit Geistlichen ging man in ähnlich gelagerten Fällen brüderlicher um. Unser Ausschluss dauerte nicht lange. Der amtierende Präses verließ bald darauf sein Amt, sein Nachfolger revidierte die Ausschlussentscheidung. Wenige Jahre später versöhnte ich mich auch mit dem früheren Präses.

Am Rande sei noch bemerkt: Mit einem geistlichen Herrn, der im Schutzvorstand entschieden gegen meinen Akt von Nächstenliebe auftrat, befand ich mich in der NS-Zeit 1941 in einer gemeinsamen Zelle im Polizeigefangenenhaus. Auch das war möglich!

Anfang der fünfziger Jahre wurde ich mit etwa dreißig anderen jungen Leuten - ungefähr die Hälfte waren Aristokraten - zu einem Besuch bei Dr. Otto Habsburg nach Bad Reichenhall eingeladen, der sich dort in einem Kloster aufhielt. Der Empfang durch den Kaisersohn war sehr freundlich, obwohl eine gewisse höfliche Distanz zu den Besuchern unverkennbar war. In einem längeren interessanten Referat entwarf der Thronprätendent seine Reformpläne für den Staat im Falle einer Restauration und seiner Inthronisierung. In der anschließenden Diskussion nannte ich meine Gründe, warum ich einer Wiedereinführung der Monarchie skeptisch gegenüberstand, obwohl ich Dr. Habsburg schon wegen seiner proösterreichischen Bemühungen während des Krieges sehr schätzte. Ein sehr wichtiger Grund meiner Skepsis war der: Würde es zu einer Restauration

kommen, würden die wichtigsten Ämter im Staate wohl vornehmlich mit Aristokraten - als sicheren Stützen des Herrscherhauses - und weniger mit "Bürgerlichen" besetzt werden. Dr. Habsburg wandte sich entschieden gegen eine solche Möglichkeit; nur die Verdienste für Österreich konnten Voraussetzung für staatliche Spitzenfunktionen sein. Die Restaurationsfrage stellte sich in den folgenden Jahrzehnten nicht mehr. Ein kleines Erlebnis am Rande dieser sehr interessanten Begegnung gab mir aber zu denken: Beim geplanten abschließenden gemütlichen Beisammensein auf österreichischem Boden waren wir "Bürgerlichen" allein.

Im Gemeinderat

Am 18. Oktober 1953 wurde ich in den Gemeinderat der Landeshauptstadt Salzburg! gewählt. Bei dieser Gemeinderatswahl kamen die SPÖ auf 15 Mandate, die ÖVP auf 14J der VdU auf 10 und die KP auf ein Mandat. In der konstituierenden Sitzung war auch den Bürgermeister für die künftige Sitzungsperiode zu wählen. ÖVP und VdU (die Vorgängerpartei der FPÖ), die sogenannten "bürgerlichen" Parteien, verfügten über eine gesicherte Mehrheit, um einen nicht sozialistischen Bürgermeister zu wählen. Die Gemeinderäte des VdU waren wohl bereit, einen Kandidaten der Volkspartei zum Bürgermeister zu wählen, nicht aber deren Spitzenmann, den bisherigen Vizebürgermeister Hans Donnenberg. Auf diesen beharrten aber die Verhandler der Volkspartei. So brachte die Wahl des Bürgermeisters eine Mehrheit für den bisherigen Amtsinhaber, den Sozialisten Stanislaus Fächer. In den 19 Jahren meiner Gemeinderatsstätigkeit kam es meines Wissens zu keiner nennenswerten Zusammenarbeit der beiden "bürgerlichen" Fraktionen, vielmehr hatte man den nicht unbegründeten Eindruck, dass die oft gehörte Parole "lieber rot als schwarz" beim VdU und später bei der FPÖ einen beachtlichen Stellenwert besaß. Es mag auch daran erinnert werden, dass das ehemalige geistliche Fürstentum eine beachtliche liberale und deutschnationale Tradition hatte und manche Anhänger des VdU für den bekennenden Katholiken Donnenberg wenig Sympathie aufbrachten.

Trotz gegensätzlicher politischer und ideologischer Auffassungen hatte das sprichwörtliche "Salzburger Klima" in der Gemeindestube aber ein gutes Fundament. Ich erinnere mich nicht, dass auch nur einmal ein Jahresbudget ohne Zustimmung aller drei gewichtigen Parteien beschlossen worden wäre. Konsens war groß geschrieben, in der Praxis, nicht in Wahlkämpfen. Von 1957 bis 1972 war ich Vorsitzender des gemeinderätlichen Kulturausschusses. Auch in diesem ging es meist recht harmonisch zu. Die viel begehrten Subventionen an die verschiedenen Kultur- und Sportinstitutionen wurden von der Kulturverwaltung meist ausgewogen vorbereitet und dann nach einer mehr oder weniger langen Debatte vom Ausschuss genehmigt. In einer Reihe von gemeinsamen kulturellen Studienfahrten ins Ausland (etwa Deutschland, Italien, Ungarn, CSSR) kamen sich die Ausschussmitglieder auch persönlich näher, was sich wieder auf das heimatliche politische Klima günstig auswirkte.

Als ich 1953 in den Gemeinderat der Stadt Salzburg gewählt wurde, waren in diesem auch die Kommunisten vertreten, allerdings nur mit einem Mandatar (von 40 Gemeinderäten). Es war dies der Fahrdienstleiter der Bundesbahnen Heinrich Falterbauer. Wir beide waren zur gleichen Zeit politische Gefangene im landesgerichtlichen Gefangenenhaus in Salzburg. Er war persönlich ein netter Mensch. Wir bewunderten ihn weniger wegen seiner Sturheit und unverbrüchlichen Treue zu allem, was Kommunismus war, sondern weil er, zum Unterschied von den anderen Fraktionen, als "Ein-Mann-Fraktion" auch Alleinsprecher für die KP sein musste und folglich zu allen möglichen Belangen seine KP-Meinung sagen musste. Freilich ging uns der "Heini" auch manchmal auf den Wecker, wenn er bei jeder meist unpassenden Gelegenheit seine kommunistischen Friedensreden hielt, mit denen das Stadtparlament schon mangels Zuständigkeit nichts anfangen konnte.

Bei einer Sitzung des Gemeinderates beschlossen wir von der ÖVP-Fraktion, dann demonstrativ den Sitzungssaal zu verlassen, wenn Falterbauer wieder zu einer meist langen KP-Polemik ansetzen sollte. Schon bald kam es dazu. Als er sah, dass wir den Sitzungssaal verließen, rief er uns erbost nach: "Jetzt verlassen sie den Saal, die Söldlinge des Kapitals, weil sie die Wahrheit nicht hören können." Die Heiterkeit über diesen Ausruf war allseits groß. Falterbauer wusste auf alles eine linientreue kommunistische Antwort. Einmal brachte ich ihn in arge Verlegenheit. Während einer langen Gemeinderatssitzung kam ich mit ihm in der Halle vor dem Sitzungssaal ins Gespräch. Begeistert erzählte er mir vom Arbeiterparadies, besonders aber von der Herrlichkeit des kommunistischen Eisenbahnerheims am Plattensee. Nun fragte ich ihn, nachdem ich mir seine Schönfärberei angehört hatte, was er denn zum Schicksal des Gründers der österreichischen KP Franz Koritschoner sage. Dieser war nämlich, wie eine Reihe österreichischer Schutzbündler, in die Sowjetunion emigriert, anlässlich des Stalin-Hitler-Paktes aber von der Sowjetunion an Nazi-Deutschland ausgeliefert und dort hingerichtet worden. Ich wollte wissen, was er zu dieser bodenlosen Gemeinheit innerhalb der "kommunistischen Brüderlichkeit" zu sagen hatte. Er wurde sehr verlegen. Er wisse davon nichts, war seine nicht sehr glaubhafte Antwort.

Die "Wurzibar"

Der Großhandelskaufmann August Wurzenreiner war ein beliebter Mandatar - nicht nur bei den Gemeinderäten der ÖVP. Ein Teil seiner Beliebtheit lag sicher auch in einem von ihm eingeführten Brauch. Bei den jährlichen Budgetsitzungen gegen Ende des Jahres installierte Wurzenreiner nämlich in einem Nebenraum des Rathauses

zur allgemeinen Freude eine Bar, in der alle möglichen Köstlichkeiten gratis angeboten wurden und die auch für alle Gemeinderäte gleich welcher Couleur zugänglich war. So kam es dann mitunter vor, dass bei einer oft ermüdenden Budgetsitzung - vor allem in den Nachtstunden - sich mehr Gemeinderäte in der "Wurzibar" aufhielten als im Sitzungssaal. Dies freilich nur dann, wenn die jeweilige Angelegenheit die vollzählige Anwesenheit der Gemeinderäte nicht unbedingt erforderlich machte. Bürgermeister Bäck hatte dann wieder große Mühe, seine Schäfchen in den Sitzungssaal zurückzubringen. Wenngleich dieses Verhalten der Gemeindepolitiker nicht ganz den Vorschriften entsprach, trug es doch wesentlich zur Förderung eines guten zwischenmenschlichen Klimas bei.

Wenn auch nicht alles in Erfüllung ging, was sich die Gemeinderäte der Landeshauptstadt Salzburg wünschten, so gab es doch in den Jahren, in denen ich dem Gemeinderat angehörte, das war von 1953 bis 1972, viele erfreuliche Erfolge, an die ich mich gerne erinnere. Die Erfolge auf dem kulturellen Sektor freuten mich als Vorsitzenden des gemeinderätlichen Kulturausschusses naturgemäß besonders. Einige dieser kommunalen Erfolge sollen hier aufgezeigt werden.

1953 wurde das Unfallkrankenhaus seiner Bestimmung übergeben und der Griesgassendurchbruch hergestellt, 1956 und 1957 konnten Kurhaus, Hallenbad und Hotel in Betrieb genommen werden, später auch das Kongresshaus. Salzburg erhielt ein Fernheizkraftwerk. 1959 wurde nicht nur der durch Fliegerbomben schwer beschädigte Dom wieder seiner Bestimmung übergeben, Salzburg bekam auch ein neues "Haus der Natur".

1960 war das neue Festspielhaus fertig, 1961 ging erstmals die neue Untersbergseilbahn in Betrieb. 1964 wurde die Universität wiedererrichtet, 1966 wurde der Salzburger Flughafen ausgebaut, und das Museum Carolino Augusteum öffnete seine Pforten. 1967 hatten die Salzburger eine moderne Lehenner Brücke anstelle der nicht mehr voll intakten Ludwig-Viktor-Brücke. Besondere kulturelle Höhepunkte Ende der fünfziger Jahre waren die intensive Gestaltung der Salzburger Festspiele durch Herbert von Karajan, der Beginn der Schlosskonzerte von Siegfried Hummer und die Wiederanbringung der Faistauer-Fresken im Foyer des Festspielhauses, welche der Maler Albert Susat in der NS-Zeit vor der Vernichtung gerettet hatte. Auf der Festung veranstaltete Oskar Kokoschka die "Schule des Sehens".

Große Verkehrskonzepte fanden sich wohl in der Planung, verwirklicht wurden sie nicht. Die Einbahnregelung beiderseits der Salzach im Jahr 1968 war wohl die bedeutendste damalige verkehrsregelnde Maßnahme.

Ein gigantisches Projekt zur Wasserversorgung der Stadt Salzburg, das "Fuschlseeprojekt", ist auf Grund vieler Hindernisse unrealisierbar geworden. Es war geplant, das sehr saubere Wasser des Fuschlsees mittels einer Rohrleitung nach Salzburg zu pumpen.

Das Hochwasser vom 13. August 1959 zerstörte nicht nur die Hellbrunner Brücke, es brachte auch - was niemand für möglich hielt - die Autobahnbrücke über die Salzach durch Unterspülung zum Einsturz.

Zu einem Fiasko führte die Absicht, auf dem Rosenhügel neben dem Mirabellgarten ein großes Bauwerk zu errichten, in dem jährlich eine Musikolympiade abgehalten werden sollte. Noch immer erinnert ein Grundstein an dieses missglückte Vorhaben.

Die 1965 erfolgte Verbrüderung mit Reims hat mich sehr beeindruckt. Natürlich war ich als Vorsitzender des gemeinderätlichen Kulturausschusses auch bei der Verbrüderungsfeier in Reims. Alle Teilnehmer, Franzosen und Österreicher, waren in brüderlicher Stimmung und alle waren davon überzeugt, dass solche Städtepartnerschaften für den Frieden sehr zweckdienlich sein würden.

In der Kathedrale erinnerte ein Führer, dass es deutsche Barbaren waren, welche im Ersten Weltkrieg mit Artillerie auf die Kathedrale schossen. Er musste sich aber auch die Replik eines historisch versierten Mitreisenden anhören, dass die Franzosen nicht unschuldig an dem Artilleriefeuer waren. Sie hatten nämlich auf dem Turm des Gotteshauses einen Artilleriebeobachter postiert und ihn auf deutsche Aufforderung hin auch nicht zurückgezogen. Dieses historische Geplänkel störte die Friedensstimmung in der Salzburger Gruppe keineswegs und wurde auch amikal geführt, allerdings mit dem gemeinsamen Zukunftswunsch: "Nie wieder!"

Das Dr. Karl Kummer-Institut in Salzburg

Mitte der sechziger Jahre kam Dr. Kummer nach Salzburg und bat mich, eine Filiale seines Wiener Instituts für Sozialpolitik und Sozialreform auch in Salzburg aufzubauen. Er brauchte mich für diese Aufgabe nicht lange zu bitten, war mir doch die katholische Sozial- und Gesellschaftslehre seit eh und je ein besonderes Anliegen, Kummer selbst aber für mich der Inbegriff des katholischen Sozialpolitikers. Eine Reihe von Freunden unterstützte dieses Vorhaben. Der Erfolg unserer Sozialaktivitäten im Rahmen des Kummer-Institutes war bescheiden. Einerseits war es uns nicht gelungen, die Politiker der ÖVP für unsere Veranstaltungen und deren Anliegen ernstlich zu interessieren, andererseits gab es kein so ernsthaftes Sonderziel außerhalb der praktizierten Sozialpolitik des Staates, dass mit diesem viele Menschen angesprochen werden konnten. Eine Forderung christlicher Sozialreformer in diesen Jahren war nun die Mitbeteiligung und wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmungen. Abgesehen von der eigentumsrechtlichen Problematik konnte eine Generalfrage von den Befürwortern dieser Idee nicht befriedigend beantwortet werden: Wollen und können die Arbeitnehmer eines solchen in ihrem Besitz befindlichen Unternehmens auch persönlich haften, wenn dieses in

die roten Zahlen kommt? Das Interesse der Beteiligten an solchen Vorstellungen hielt sich in Grenzen; höhere Löhne in gut geführten Unternehmungen waren mehr gefragt.

Die katholische Gesellschaftslehre strebt als Ideal den Mittelstand an. Diese Zielsetzung konnte nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend erreicht werden: Auto, Wohnung, Urlaub und viele andere Annehmlichkeiten zeugen bei den meisten unserer Mitbürger von einem mehr oder weniger bescheidenen Wohlstand. Hunderttausende Ein- und Mehrfamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen wurden in den letzten Jahrzehnten gebaut und die Spareinlagen stiegen ins Gigantische. Die Idee der Eigentumswohnung, wie sie der ÖVP-Nationalratsabgeordnete Franz Prinke vertrat, hat sich voll durchgesetzt, ebenso die ÖVP-Forderung nach Wertpapierbesitz auch für den kleinen Mann. Ein beachtliches Stück der katholischen Sozial- und Gesellschaftslehre ist in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg Wirklichkeit geworden.

Die Roten und ich

Aus meiner Kindheitserinnerung geht hervor, dass meine Eltern gegen die Roten (sprich "Sozi") eingenommen waren, von den Kommunisten ganz zu schweigen. Ich erinnere mich noch gut, dass sich meine Mutter zum Zustellen des "Pfarrblattes", wohl im Rahmen der Katholischen Aktion oder der KFO (Katholische Frauenorganisation), verpflichtet hatte und dieser Verpflichtung auch nachkam. Dabei wurde sie einmal von einer Nachbarin unwirsch hinausgeworfen. Das war etwa um das Jahr 1930. Zwischen meinen Eltern und roten Bekannten gab es aber keine persönliche Feindschaft, im Gegenteil: Mein Vater, der mit der Heimwehr sympathisierte, und der sozialistische Landesrat Karl Emminger begegneten sich immer freundlich.

Der Hauptgrund, warum meine Eltern antisozialistisch eingestellt waren, war wohl der religiöse. Die Roten galten als Atheisten. 1931 erhielten es dann alle noch einmal schwarz auf weiß im päpstlichen Rundschreiben "Quadragesimo anno".

Eindeutig stellte dazu das päpstliche Rundschreiben von Pius XI. "Quadragesimo anno" (d. h. 40 Jahre nach dem Rundschreiben "Rerum novarum" von Leo XIII.) fest:

"Enthält der Sozialismus - wie übrigens jeder Irrtum - auch einiges Richtige (was die Päpste nie bestritten haben), so liegt ihm doch eine Gesellschaftsauffassung zugrunde, die ihm eigentümlich ist, mit der echten christlichen Auffassung aber in Widerspruch steht. Religiöser Sozialismus, christlicher Sozialismus sind Widersprüche in sich; es ist unmöglich, gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist zu sein."

Und an anderer Stelle:

"Der Sozialismus, gleichviel, ob als Lehre, als geschichtliche Erscheinung oder als Bewegung, bleibt mit der Lehre der katholischen Kirche immer unvereinbar."

Ich konzentrierte mich auf die ideologische Auseinandersetzung mit dem österreichischen Sozialismus, persönliche Angriffe lagen mir fern. Dies ist auch der Grund, warum ich mich mit meinen "roten Brüdern" immer gut verstand, ja mit solchen sogar befreundet war. In meiner Funktion als "Ideologe" musste ich viele Referate halten und als Versammlungsredner auftreten. Der ehemalige Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer nannte mich daher scherzhaft auch "Chefideologe" der Partei. Bei meinen Ausführungen bezog ich mich vielfach auf sozialistische Schulungsunterlagen, welche ich immer im Original bei mir hatte. Dies schon deshalb, weil bei meinen Zitaten auch dann und wann die Meinung auftrat, es handle sich um "schwarze Gräuelpropaganda". Dem war dann durch Vorzeigen von Originalen leicht entgegen zu treten. Im Laufe meiner zahlreichen Versammlungen trat mir nie ein geschulter Genosse entgegen. So las ich etwa aus einer Rede- und Kursanleitung der sozialistischen Bildungszentrale aus 1948 folgende Sätze vor:

"Die beiden Begriffe sozialistisch und kommunistisch bedeuten im wesentlichen das Gleiche. Sie bezeichnen eine neue, klassenlose, auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel begründete Gesellschaftsordnung..."

In einer von der SPÖ 1945 herausgegebenen Neuauflage des Kommunistischen Manifestes bestätigt der damalige Zentralsekretär der SPÖ Erwin Scharf diese Auffassung. Der langjährige sozialistische Bildungspolitiker Karl Czernetz zeichnet etwa die Zukunft des Privateigentums in der künftigen sozialistischen Gesellschaft in einem Schulungsheft Folge 18 "Hier antwortet die SPÖ" so:

"In der ersten Phase des Sozialismus wird es zwar noch Privateigentum an Arbeitsmitteln in den Händen der kleinen selbständig Erwerbenden geben, also das Arbeitseigentum der Bauern und Gewerbetreibenden."

Die damals angestrebte rote Gesellschaft war sicher zum Fürchten und die "rote Katze" der Volkspartei war, wie viele rote grundsätzliche Erklärungen belegen, keine Schauergeschichte.

In der NS-Zeit waren wir dann enge Verbündete im Kampf gegen das Hitler-Regime. 1942, als ich das zweite Mal von der Gestapo verhaftet wurde, war, wie erwähnt, einer meiner Zellengenossen im Polizeigefangenenhaus ein gewisser Göllner. Er war "Revolutionärer Sozialist". Wir verstanden uns bestens.

Nach 1945 befasste ich mich dann näher mit dem Sozialismus und habe die Beschäftigung mit ihm nie aufgegeben. Vor allem studierte ich den Marxismus und viele Biographien sozialistischer Größen wie etwa Karl Renner, Adolf Schärf, Julius Deutsch, Julius Braunthal und Joseph Buttinger.

Wenn ich heute rückblickend den Sozialismus beurteilen will, komme ich zu folgendem Ergebnis:

Im Zusammenhang mit der großen industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts hat die sozialistische Bewegung die bedeutendste Rolle für die Änderung der sozialen Verhältnisse gespielt. Die Kirche war es sicher nicht. 1848 haben Karl Marx und Friedrich Engels das "Kommunistische Manifest" publiziert. Erst 1891 konnte sich ein weitsichtiger Papst, Leo XIII., dazu aufraffen, ein soziales Rundschreiben "Rerum novarum" der Welt und der Christenheit zu präsentieren - etwas spät. Damals hatten die Roten schon eine sehr festgefügte Organisation. Es war gut, dass sie da waren. Wären sie nicht gewesen, hätten die tapferen christlichen Arbeitervereine und Gewerkschaften ein noch tristeres Dasein geführt. Freilich war das marxistische Rezept zur Behebung der sozialen Missstände schlechthin falsch.

Hauptfehler des sozialistischen Heilungsversuches waren im Besonderen: Die Überführung der Produktionsmittel in die Hand der Allgemeinheit - ob das nun Verstaatlichung oder Kommunalisierung ist - bringt die Lösung nicht, weil bei beamteten Managern, denen die Unternehmen nicht selbst gehören, das Privatinteresse der eigenen Tasche fehlt. Hier gilt bis in die kleinsten Bereiche der öffentlichen Hand die Erfahrungstatsache: Privateigentum gilt in allen Belangen mehr als öffentliches Gut. So wird mit dem eigenen Geld mehr gespart, das eigene Gerät wird sorgsamer benutzt, für die eigene Tasche wird mehr und besser gearbeitet.

Die Planung der wirtschaftlichen Vorgänge ist nur beschränkt möglich, weil auch die Wünsche der Marktpartner nur beschränkt vorhersehbar sind. Schädliche Fehlplanungen mit ihren negativen wirtschaftlichen Folgen sind daher unvermeidlich. Völlig illusorisch ist auch die Vorstellung, dass mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel die sogenannte "Entfremdung" der Arbeit, das heißt die Beziehungslosigkeit der Arbeiter zum Werkstück, beendet sei. Dass nach der Überführung der Produktionsmittel in die Hand der Allgemeinheit auch ein ganz neuer Mensch entstehen würde, gehört ebenfalls ins Reich utopischer Wunschvorstellungen. Dasselbe gilt für die marxistische Fantasie, dass dann der Staat (nach Marx ein Instrument in der Hand der herrschenden Klasse) absterben würde.

Gegen all diese sozialistischen Rezepte und Illusionen braucht man theoretisch nicht zu Felde zu ziehen, da in den sogenannten "sozialistischen Ländern", aber auch in Österreich, ihr Versagen offenkundig wurde. Nur vergeht meist sehr viel Zeit, bis man in einem solchen Lager zugibt, dass sich die bisherigen Rezepte als nicht zielführend erwiesen haben. Soweit der Marxismus die Wirtschaft und Gesellschaft des 19. Jahrhunderts analysiert, kann man ihm sicher manches abgewinnen.

Ein Jahrhundert der Weltkriege und Diktaturen

Was sie Weltgeschichte nennen,

Ist ein wüstverworrner Knäuel:

List und Trug, Gewalt und Schwäche,

Feigheit, Dummheit, Wahn und Gräuel.

Denn solange Hass und Liebe,

Furcht und Gier auf Erden schalten,

Werden sich der Menschheit Lose

Ähnlich oder gleich gestalten.

Friedrich Wilhelm Weber aus "Dreizehnlinden"

Ich habe die mir bedeutsam erscheinenden Ereignisse des 20. Jahrhunderts intensiv verfolgt und war von vielen dieser Ereignisse auch persönlich betroffen. Es war ein Jahrhundert zweier Weltkriege und moderner Diktaturen. Dass dabei der Nationalsozialismus, der Bolschewismus und der Zweite Weltkrieg Folgen des Ersten Weltkrieges waren, wird vielfach kaum beachtet. Man musste kein Prophet sein, um als Folge der diktierten Friedensverträge von 1919 kommende Kriege vorherzusehen. Diese Verträge wurden vielfach als Ursache des wirtschaftlichen und sozialen Niederganges Deutschlands angesehen. Die Schandverträge zu beseitigen, galt vielen als oberstes nationales Ziel. Und dieses konnte nur ein starkes Deutschland und kein Bettlerstaat erreichen. Der "starke Mann" war vorprogrammiert. "Volk ohne Raum" war ein weiterer Schlachtruf der Zwischenkriegszeit. Auch dieses Problem des mangelnden nationalen Lebensraumes, etwa durch Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Kolonien, sollte eine starke Staatsführung lösen. "In den Ostwind hebt die Fahnen, denn im Osten stehn sie gut", sang die Hitler-Jugend, und der Krieg gegen Russland sollte dann auch die

Verwirklichung dieses Liedes bringen. Schon begann die Ansiedlung von "Wehrbauern" in den besetzten Ostgebieten und damit auch die Vertreibung der früheren Bewohner.

Das vergangene Jahrhundert war auch ein Jahrhundert der Vertreibungen und Säuberungen. Nach dem Krieg waren die deutschen Volksgruppen in Polen, Jugoslawien und der Tschechoslowakei von den Vertreibungen besonders betroffen. Unzählige schuldlose Menschen wurden ihres Eigentums beraubt, viele getötet.

Der Untergang der Diktaturen

Das 20. Jahrhundert brachte aber nicht nur den Aufstieg von Diktaturen und totalitären Systemen verschiedener Spielarten mit sich, sondern auch deren Untergang. Nationalsozialismus und italienischer Faschismus endeten durch ihre Niederlage im Zweiten Weltkrieg, der Kommunismus war so morsch, dass er Ende der achtziger Jahre wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrach. Nationalsozialismus und italienischen Faschismus in einen Topf zu werfen, ist nicht nur eine Geschichtsfälschung, sondern auch eine Verharmlosung des Nationalsozialismus, der in seiner Schrecklichkeit - man denke an den Holocaust - mit dem Mussolini-System nicht verglichen werden kann. Auch die Bezeichnung "Austrofaschismus" für das System des österreichischen Ständestaates ist eine Erfindung seiner Gegner. Niemals hat sich eine österreichische Regierung als faschistisch verstanden.

Die sowjetische Diktatur, in der mehr als 80 Millionen Menschen aus politischen Gründen umgekommen sein sollen, hielt sich länger als die nationalsozialistische und die italienische. Das Bündnis des sowjetischen Diktators mit den westlichen Alliierten ermöglichte es ihm, nach dem Krieg eine Reihe europäischer Staaten, darunter Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien sowie Ost- und Mitteldeutschland, in seine Diktatur einzugliedern. Auch Jugoslawien und Albanien wurden kommunistisch. Kommunistische Vasallen halfen bei dieser europäischen Sowjetisierung eifrig mit. Geflissentlich vergessen wurde später die Tatsache, dass sich die Sowjetunion 1939 gemeinsam mit Hitler-Deutschland am Raubzug gegen Polen beteiligt und sich Ostpolen widerrechtlich einverleibt hatte. Erst Ende der achtziger Jahre brach die Sowjetmacht von innen her zusammen und mit ihr die kommunistischen Diktaturen in den Satellitenstaaten.

Wenn es auch viel Negatives und Kritikwürdiges im 20. Jahrhundert gibt, soll doch auch das Positive dieser Zeitspanne ins rechte Licht gestellt werden, besonders wenn es Europa und Österreich betrifft. Europa hatte seit 1945 - im Gegensatz zur ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts - weitgehend Frieden. In vielen Staaten unseres Kontinents stieg der Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten beachtlich. Ein gewaltiger Fortschritt auf technischem und besonders medizinischem Gebiet brachte für viele Menschen ungeahnte Ergebnisse. Ein ausgebautes Sozialnetz war vielfach geschaffen worden. Mit dem Ausbau der Verkehrsmöglichkeiten rückte nicht nur Europa, sondern die ganze Welt zusammen.

Österreich - das erste Opfer Hitlers

Seit den Überfällen Nazi-Deutschlands auf seine Nachbarn war die Tatsache, dass Österreich das erste Opfer dieser Aggressionen war, im In- und Ausland unbestritten. Dazu brauchte es nicht erst der Moskauer Deklaration des Jahres 1943, in der die Alliierten dieses Faktum wiederholten. Mehr als 60 Jahre danach sagt der Österreichische Bundeskanzler Schüssel diese Binsenwahrheit im einem Interview mit einer israelischen Zeitung, und rote und grüne Politiker geben sich "fassungslos". Schließlich hätten viele ehemalige Österreicher das Naziregime gutgeheißen und in verschiedener Weise bis hin zu Verbrechen unterstützt. Freilich bringen diese rechtlich und historisch ahnungslosen Politiker auf Grund ihres Unwissens Äpfel und Birnen völlig durcheinander. Folgendes ist zu dieser Polemik festzuhalten:

1. Seit dem Abend des 11. März 1938 gab es keinen souveränen österreichischen Staat mehr. Der damalige österreichische Staat wurde an diesem Tag durch ein deutsches Ultimatum, in dem mit militärischer Gewalt gedroht wurde, zur Kapitulation gezwungen. Daher kann der heutige Staat, die Republik Österreich, für alles, was nach diesem Datum geschah, weder rechtlich noch moralisch verantwortlich gemacht werden. Es gab nach dem 11. März 1938 keinen Staat Österreich mehr.
2. Die Erklärung des ehemaligen Bundeskanzlers Vranitzky und anderer "Vergangenheitsbewältiger", wonach Österreich für die Untaten einzelner ehemaliger Bürger eine Verantwortung zu tragen hätte, ist daher falsch. Besonders junge Menschen, die damals noch gar nicht lebten, wehren sich entschieden gegen derartige Formulierungen, die an Sippenhaftung erinnern. Überdies ist es absurd, einen Staat für die Verfehlungen einzelner seiner Bürger haftbar machen zu wollen, z.B. die Vereinigten Staaten für die Unzahl der Morde auf ihrem Staatsgebiet.
3. Rechtlich und moralisch sind Regierungen und ihre Nachfolger wohl dann verantwortlich, wenn sie, wie etwa England und Frankreich, ihre Vertragspflichten gegenüber dem Überfallenen verletzt haben und diesen damit wissentlich der braunen Diktatur ausgeliefert haben.

4. Den Geschichtsfälschern muss als historische Nachhilfe gesagt werden, dass Österreich von 1934 bis 1938 vier Jahre lang dem braunen Ansturm von innen und außen standgehalten hat, die NSDAP seit dem Juni 1933 verboten war und dieser Staat einem nationalsozialistischen Putschversuch 1934 erfolgreich widerstand. Der damalige österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß wurde dabei ermordet.

Freilich ist eine gerechte Beurteilung der politischen Vergangenheit unmöglich, wenn Wesentliche Fakten entweder verschwiegen oder auf den Kopf gestellt werden. Immer wieder fallen in diesem Zusammenhang die Worte "Bewältigung der Vergangenheit", "Aufarbeitung", "Trauerarbeit" und auch "Aufrechnung", womit die Untaten einer Seite unter den Teppich gekehrt werden sollen.

Einzig sinnvoll wäre die entkrampfte Auseinandersetzung mit unserer geschichtlichen Vergangenheit, nicht nur mit dem NS-System, ohne Einseitigkeit.

Ich halte es auch für falsch, wenn behauptet wird, "die Österreicher" hätten ihre Geschichte "verdrängt". Die meisten Österreicher haben keine NS-Vergangenheit, und die halbe Million NS-Mitglieder konnten ihre Vergangenheit schon deshalb nicht "verdrängen", weil sie vielfach aus ihren Stellungen hinausgeworfen und registriert wurden. Und jene, die damals noch nicht geboren oder Kinder waren, das sind rund 70 Prozent der heutigen Bevölkerung, haben schon gar nichts zu verdrängen.

Heute kann nur sinnvoll sein,

1. die Geschehnisse der damaligen Zeit sachlich richtig darzustellen, und
2. die Handlungen der damals Beteiligten aus der damaligen Sicht der Dinge und nicht aus dem heutigen Wissensstand zu verstehen versuchen.

Nach dem Zusammenbruch

Für die überzeugten Nazis brach 1945 eine Welt zusammen; eine Welt, an die sie fest geglaubt hatten. In Österreich wurden 525.000 Registrierungspflichtige für den Hitlerismus haftbar gemacht. 35 Todesurteile, rund 80.000 Jahre Kerker, Sühneabgaben von fast 500.000 Österreichern und Tausende von Entlassungen sind Zeugnisse dieser Haftung. Zahlreiche Nazis wurden von den Amerikanern in das Salzburger Anhaltelager Glasenbach gesperrt, wo ihre Gemeinschaft, zumindest menschlich, eine beachtliche Stärkung erfuhr. Eine große Anzahl von ihnen empfand die Bestrafung als großes Unrecht. "Nullum crimen sine lege" - kein Verbrechen ohne ein Gesetz, das dieses unter Strafe stellt, war das Hauptargument derer, die sich keiner kriminellen Handlungen schuldig gemacht hatten. Viele beriefen sich auf ihre Pflichterfüllung, der sie damals mit freudigem oder auch weniger frohem Herzen nachgekommen sind. Die Diskussionsfreude dieser Ehemaligen war begreiflicherweise nicht sehr groß; sie wollten an ihre zusammengebrochenen Ideen nicht dauernd erinnert werden. Kommunisten, die selbst einen großen Diktator, nämlich Stalin, anhimmelten, waren für sie auch keine guten Demokratielehrer. Dass nicht nur die Nazis großes Unrecht getan hatten, sondern auch ihre Gegner, konnten sie auch belegen. Die Lust an der aktiven Politik war ihnen aber weitgehend vergangen.

Es war selbstverständlich, dass man seitens der großen Parteien eine so mächtige politische Opposition der Ehemaligen verhindern wollte. Auch konnte man auf ihre Mitwirkung beim Wiederaufbau nicht verzichten. Dazu kamen allerorts humanitäre Bestrebungen, die, wie etwa in Salzburg durch Erzbischof Rohracher und das "Soziale Friedenswerk", auf "Entnazifizierung" hinwirkten. Seit 1949 war es daher selbstverständlich, dass durch Rot und Schwarz in großem Ausmaß entregistriert wurde. Die Salzburger ÖVP hatte etwa ein eigenes Büro für diese Zwecke. Die steirischen ÖVP-Politiker Dr. Alfons Gorbach, selbst KZ-Häftling, und Landesrat Brunner waren besondere Verfechter der Versöhnungspolitik. Bundespräsident und Regierung taten dabei eifrig mit. Viele, die einst auf die "Pfaffenbrut" geschimpft hatten, kehrten wieder in den Schoß der Kirche zurück. Herbert Kraus und Viktor Reimann versuchten bei der Nationalratswahl 1949 das Lager ehemaliger Nazis zu mobilisieren. Es gelang ihnen mit 16 von 165 Mandaten nur sehr beschränkt. Ein Neuaufkommen des Nationalsozialismus konnte durchaus nicht mehr wahrgenommen werden. Die Entnazifizierungspolitik der beiden Großparteien war sicher richtig.

Große, breit angelegte Vergangenheitsdiskussionen waren damals nicht gefragt; es galt ja vor allem, den Wiederaufbau voranzutreiben. Heftige Auseinandersetzungen hätten sicher auch Spaltungsgefahren mit sich gebracht. Man soll sie heute nachholen. Dabei findet man ein weites Aufarbeitungsgebiet von St. Germain über Mauthausen, Dresden, die Vertreibung der Volksdeutschen bis zur heutigen täglichen Tötung von 300 ungeborenen österreichischen Kindern und dem aktuellen Umgang mit den derzeitigen Diktaturen - für Polit-Pharisäer keine dankbare Aufgabe.

Abschließende Betrachtung zur österreichischen Seele

Gute und weniger gute Eigenschaften gehören zum österreichischen Denken und Handeln, wobei Generalisierungen zwar falsch, bestimmte Wesenszüge vieler Österreicher aber immer wieder feststellbar sind.

Diese Wesenszüge haben immer auch die österreichische Geschichte beeinflusst. Ein Österreichbewusstsein der deutschsprachigen Österreicher war nach dem Ende der Donaumonarchie, nachdem das gemeinsame vielsprachige Haus eingestürzt war, im Gegensatz zu den anderen Kindern des großen Kaiserreiches kaum vorhanden. Ein kleines deutschsprachiges Österreich konnten sich viele schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht vorstellen. Sie strebten daher zum immer noch großen deutschen Nachbarn. "Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik", hieß es in der Verfassung vom 12. November 1918. "Heil unser deutsches Volk und heil Deutschösterreich", rief Staatskanzler Karl Renner im Nationalrat. Diese Absicht haben die Siegerstaaten vorerst verhindert. Dem späteren Bundeskanzler Engelbert Dollfuß gelang es immerhin, wohl auch unter dem negativen Hinblick auf das mittlerweile nationalsozialistische Deutschland, bei vielen ein neues Österreichbewusstsein zu entfachen. Auch die Erfahrungen mit den "deutschen Brüdern" während der Anschlusszeit von 1938 bis 1945 haben nicht wenig zum neuen österreichischen Nationalbewusstsein beigetragen. Die österreichische Lust auf Deutschland war 1945 erloschen. Dennoch war auch in der neuen Republik ein österreichisches Nationalbewusstsein vorerst unterentwickelt. War vor dem Anschluss alles besser und schöner, was von Deutschland kam, will man jetzt im gemeinsamen Europa Musterschüler sein, oft noch mit vorausweisendem Gehorsam. Vor allem im Ausland will man gut da stehen. Selbst bei der Regierungsbildung sollte - so auch Bundespräsident Klesstil - die Akzeptanz des Auslandes besonders bedacht werden. Das hat sich "das Ausland" nicht zweimal sagen lassen und sich bei der Regierungsbildung 2000 nach einer demokratischen Wahl, die zwar für manche nicht das gewünschte Ergebnis hatte, kräftig im "souveränen" Österreich eingemischt. Dass das Ausländische auch im kulturellen Leben Österreichs einen höheren Stellenwert einnimmt, zeigt sich etwa auf musikalischem Gebiet. Österreich, so glauben manche, müsse eben eine Vorreiterrolle bei der Verwirklichung einer multikulturellen Gesellschaft spielen.

Die unterwürfige Haltung Österreichs wird aber im Ausland als Schwäche und von manchen als Einladung empfunden, mit Gemeinheiten auf diesem kleinen Land herum zu trampeln. Ausgerechnet diesem kleinen Land, das in den letzten Jahrzehnten Zehntausenden von Flüchtlingen aus Ungarn, der Tschechoslowakei, der DDR und Jugoslawien Asyl gewährte, warfen präpotente Politiker "Ausländerfeindlichkeit" vor - ein Schock für viele Österreicher, die sich nur von "Freunden" umgeben erachteten. Andererseits kann man bei manchen Österreichern schlaues Egoismus feststellen. Man bejaht zwar die Rosinen einer gemeinsamen europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, will aber einem militärisch angegriffenen Mitglied dieser Gemeinschaft keinen Beistand leisten und sich "neutral" erklären. Die Hilfe der anderen wird im Ernstfall allerdings als selbstverständlich empfunden.

Leider ist es bei uns, besonders in letzter Zeit, üblich geworden, höchst unpatriotisch und egoistisch das Ausland für vermeintliche parteipolitische Vorteile einzuspannen, indem man Mitbürger als Faschisten, Antidemokraten, Ausländerfeinde und Antisemiten vernadert. Dass sich die österreichische Leichtgläubigkeit oftmals mit dem eigenen Egoismus verbündet, ist ebenfalls historische Tatsache. Man sagt nicht zu Unrecht, dass die lange monarchische Geschichte dieses Landes bis heute eine Autoritätshörigkeit bewirkt hat, die einem demokratischen Staatswesen fremd sein sollte. Bei der Kritik an einem "Großen" kann man nicht selten die kaiserliche Frage aus dem alten Österreich hören: "Ja, dürf ma denn das?"

Unser Nationalcharakter hat aber auch viel Positives. Das "goldene österreichische Herz" bringt uns an die Spitze der spendenfreudigen Länder, und Tausende von ehrenamtlichen Funktionären in einer Unzahl von Vereinen aller Art bemühen sich emsig, die jeweiligen Vereinsziele zu erreichen. Dazu kommt, dass mitunter vieles nicht so heiß gegessen wird, wie es gekocht wurde. "Revolutionen kommen in Österreich 50 Jahre später und dann in gemäßigter Form", pflegte man in Zusammenhang mit der Französischen Revolution zu sagen. Franz Grillparzers Aussage über das Haus Habsburg, "Das ist der Fluch von unserm edlen Haus, auf halben Wegen und zu halber Tat mit halben Mitteln zauderhaft zu streben", trifft sicherlich auch im Österreich nach Habsburg häufig zu. Dennoch: Wenn es große Herausforderungen gibt, wie etwa die Ungarnkrise 1956, sind Einsatz und Hilfsbereitschaft gewaltig. Und schließlich sind Gemütlichkeit und Liebenswürdigkeit (oft mit einem Hang zur Unterwürfigkeit) Trümpfe im österreichischen Nationalcharakter, wenn auch in den berühmten österreichischen Standardsprüchen "da kann ma nix machen" und "des war allweil so" ein Schuss Resignation mitschwingt.